# Wahlen 2003

## Die Entwicklung des Wahlverhaltens

*Peter Selb*
*Romain Lachat*

*Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich 2004*

Selb, Peter, und Romain Lachat
*Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens*
*Swiss Electoral Studies, Band 8*
Zürich: Institut für Politikwissenschaft, 2004

*Herausgeber der Swiss Electoral Studies:*
Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern
Département de science politique de l'Université de Genève
Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich

*Bezugsquelle:*
Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich
Seilergraben 53
CH-8001 Zürich
tel 01 634 40 11
fax 01 634 43 60
mail peselb@pwi.unizh.ch

Alle Rechte vorbehalten
Copyright © bei den Herausgebern
Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung
der Herausgeber ist unzulässig
Umschlaggestaltung: Renata Hubschmied, Bern
Druck: gdz print AG für grafische Erzeugnisse, Zürich

ISBN 3-908610-19-2

# Inhalt


| | |
|---|---|
| Das Wichtigste in Kürze | iii |
| Einleitung | 1 |
| Daten und Methoden | 3 |
| *Daten* | 3 |
| *Analysemethoden* | 3 |
| *Interpretation der Ergebnisse* | 4 |
| Wahlteilnahme | 6 |
| *Soziale und politische Merkmale der Wahlberechtigten* | 6 |
| *Kantonaler Kontext* | 10 |
| *Merkmale der Wahlberechtigten im kantonalen Kontext* | 12 |
| Parteientscheid | 14 |
| *Wählerwanderungen* | 14 |
| *Soziale Merkmale der Wählenden* | 16 |
| *Politische Merkmale der Wählenden* | 22 |
| Anmerkungen | 30 |
| Technischer Anhang | 33 |
| *Stichprobe* | 33 |
| *Gewichtung* | 35 |

# Tabellen und Abbildungen

*Tab. 1.* Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2003 1

*Tab. 2.* Der Einfluss von sozialen und politischen Merkmalen auf die Wahlteilnahme 1995 bis 2003 9

*Tab. 3.* Der Einfluss der Polarisierung der Parteiensysteme und der Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe auf die Veränderung der Wahlbeteiligung in den Kantonen 1995 bis 2003 11

*Abb. 1.* Der Einfluss der Extremität auf die Wahlteilnahme in unter- bzw. überdurchschnittlich polarisierenden kantonalen Kontexten 13

*Tab. 4.* Wählerwanderungen 1995 bis 1999 15

*Tab. 5.* Wählerwanderungen 1999 bis 2003 15

*Tab. 6.* Der Einfluss von sozialen Merkmalen auf den Parteientscheid 1995 bis 2003 18

*Tab. 7.* Der Einfluss von politischen Merkmalen auf den Parteientscheid 1995 bis 2003 24

*Tab. F.1.* Wählerwanderungen 1999 bis 2003 (Paneldaten) 32

*Tab. A.1.* Stichprobenumfang und -ausschöpfung in den Querschnittsbefragungen *Selects* 1995, 1999 und 2003. 34

*Tab. A.2.* Kantonsgewichtung der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit der Schweizer Wählerschaft auf die Kantone 36

*Tab. A.3.* Beteiligungsgewichtung der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligungen 37

*Tab. A.4.* Parteiengewichtung der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse 38

# Das Wichtigste in Kürze

Bei der Nationalratswahl 2003 setzte sich der Trend zur *Polarisierung des Parteiensystems* fort, der bereits bei den vorangegangenen Wahlen 1999 und 1995 zu beobachten war: Die SVP und – weit weniger deutlich – die SP und die Grünen konnten Stimmengewinne verbuchen, während die Mitteparteien FDP und CVP erneut an Wähleranteilen verloren haben.

Die stärksten *Wählerwanderungen* sind in diesem Zeitraum offenbar von der FDP und der CVP hin zur SVP sowie innerhalb des linken Lagers zwischen der SP und den Grünen verlaufen. Dabei hat die FDP 2003 einen höheren Anteil ihrer ehemaligen Wählenden an die SVP verloren als noch 1999. Gleichzeitig konnte die SVP ihre Wählerschaft von 1999 bis 2003 besser halten als in der Vorperiode. Die SP schliesslich konnte 2003 einen grösseren Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft nicht mehr an die Urne bewegen, als das 1999 der Fall war.

Die genannte Polarisierung findet auch im Einfluss der Einstellungen zu *politischen Sachfragen* auf den Parteientscheid der Wählerinnen und Wähler ihren Niederschlag. Dieser hat von 1995 bis 2003 in der Tendenz zugenommen. Die SVP hat sich in diesem Zeitraum mehr und mehr zu einer Partei der Gegner eines EU-Beitritts entwickelt. Bemerkenswert ist hingegen der Befund, dass diejenigen Wählerinnen und Wähler, die für eine Verminderung von Steuern auf hohe Einkommen sind, 2003 erstmals unterdurchschnittlich häufig SVP gewählt haben. Es ist der SVP also offenbar nicht gelungen, sich als Steuersenkungspartei zu profilieren. In dieser Hinsicht war die FDP erfolgreicher.

Ein weiteres Element des Wandels ist die Bedeutungszunahme der prominenten Köpfe der Parteien in der Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger. *Persönliche Sympathien* für bzw. Antipathien gegen Micheline Calmy-Rey, Ruth Metzler, Christoph Blocher und Pascal Couchepin haben den Parteientscheid 2003 vor allem bei den bürgerlichen Parteien stärker beeinflusst als bei den vorangegangenen Wahlen. In diesem Zusammenhang lässt sich durchaus von einer wachsenden *Personalisierung der Politik* sprechen.

Hinsichtlich der *sozioökonomischen* und *soziodemografischen Merkmale* der Wählerinnen und Wähler lassen sich einige bemerkenswerte Veränderungen bezüglich der Bedeutung der *sozialen Klasse* und der *Religion* zwischen 1995 und 2003 feststellen. Die SVP konnte in diesem Zeitraum in allen sozialen Klassen zulegen. Die FDP büsste hingegen in allen sozialen Gruppen Stimmenanteile ein. Die SP profitierte in erster Linie innerhalb der Gruppe der Führungskräfte und der sozialen und kulturellen Berufe. Die CVP verlor offenbar vor allem unter den Bauern Wähleranteile. Während sich der Einfluss der *Konfession* auf den Parteientscheid von 1995 bis 2003 verringert hat, spielte die *Religiosität*, hier gemessen durch die Kirchgangshäufigkeit, bei der Wahl 2003 offensichtlich eine wichtigere Rolle als bei den zurückliegenden Wahlen: Die SVP konnte als traditionell protestantische Partei ihren Stimmenanteil auch unter den Katholiken ausbauen – allerdings nur unter denjenigen Katholiken, die nicht oder nur selten in die Kirche gehen. Die Gruppe der praktizierenden Katholiken wies bei der Wahl

2003 hingegen eine unverändert hohe Neigung zur CVP auf. Neu war aber 2003, dass nun auch die praktizierenden Protestanten vermehrt CVP wählten. Dieser Befund steht nur auf den ersten Blick im Widerspruch zu den Stimmenverlusten der CVP insgesamt. Denn während der Wähleranteil der CVP unter den praktizierenden Christen unabhängig von deren Konfession gestiegen ist, ist der Anteil dieser Gruppe innerhalb der Wahlbevölkerung deutlich zurückgegangen.

Die *Wahlbeteiligung* ist von 1995 bis 2003 um 3 Prozentpunkte auf 45.2 leicht angestiegen. Dies lässt sich unter anderem durch eine deutliche Zunahme der Teilnahmebereitschaft in der Gruppe der jüngsten Wahlberechtigten zwischen 18 und 24 Jahren erklären. Zweitens kann ein positiver Einfluss der zunehmenden Polarisierung der Parteien auf die Wahlbeteiligung nachgewiesen werden, wobei eine zunehmende Polarisierung in erster Linie auf Wahlberechtigte mit moderateren politischen Positionen mobilisierend wirkte. Drittens geht die gestiegene Wahlbeteiligung teilweise auf die faktische Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe in einigen Kantonen zurück. Deren mobilisierende Wirkung entfaltete sich aber offenbar gleichmässig über unterschiedliche Segmente der betroffenen kantonalen Wählerschaften. Vermutungen, die den Beteiligungsanstieg auf den Bedeutungszuwachs zurückführen, den die Nationalratswahl 2003 bereits im Vorfeld durch die breite öffentliche Diskussion über die Regierungszusammensetzung erfahren hat, finden in der vorliegenden Untersuchung hingegen keine Bestätigung.

# Einleitung

Mit den Bundesratswahlen am 10. Dezember 2003 gehört die seit 1959 bestehende Zauberformel für die Regierungszusammensetzung der Vergangenheit an. In drei turbulenten Wahlgängen wurde der SVP-Kandidat Christoph Blocher anstelle der bisherigen CVP-Bundesrätin Ruth Metzler von der Bundesversammlung gewählt. Damit verfügt neben der FDP und der SP nun auch die SVP über zwei Bundesratssitze. Die CVP ist neu nur noch mit einem Sitz in der siebenköpfigen Landesregierung vertreten. Diesem Ereignis ging seit den 90er Jahren eine massive Veränderung der bis dahin so stabilen Schweizer Parteienlandschaft voraus. Während die SVP bis zur Nationalratswahl 1995 mit konstant etwa 11 Prozent der Wählerstimmen nur viertstärkste Kraft hinter FDP, CVP und SP war, stieg sie seitdem bis zur Wahl im Oktober 2003 mit einem Stimmenanteil von knapp 27 Prozent zur wählerstärksten Partei auf. FDP und CVP verloren im selben Zeitraum kontinuierlich an Wähleranteilen. SP und Grüne konnten ihre Stimmenanteile hingegen ausbauen – wenn auch längst nicht so deutlich wie die SVP (siehe *Tabelle 1*).

*Tabelle 1: Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2003 gemäss Bundesamt für Statistik[1] (in %).*

| ***Partei*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** |
|---|---|---|---|
| SVP | 14.9 | 22.5 | 26.7 |
| SP | 21.8 | 22.5 | 23.3 |
| FDP | 20.2 | 19.9 | 17.3 |
| CVP | 16.8 | 15.9 | 14.4 |
| Grüne | 6.5 | 5.3 | 8.0 |
| *Übrige* | 19.8 | 13.9 | 10.3 |

Diese Entwicklung wirft wichtige Fragen an die Wahlforschung auf, allem voran danach, ob und in welcher Weise sich das Wahlverhalten der Stimmberechtigten bei den angesprochenen Nationalratswahlen verändert hat und warum. Die vorliegende Publikation versucht in einem ersten Überblick über die Ergebnisse der *Schweizer Wahlstudie Selects (Swiss Electoral Studies) 2003* unter Berücksichtigung ihrer beiden Vorgängerstudien *Selects 1999* und *1995* Antworten auf diese Frage zu liefern, wobei der Schwerpunkt in Anbetracht der gebotenen Kürze eher auf dem ‚ob' und ‚wie' als auf dem ‚warum' liegen wird. Das Wahlverhalten umfasst dabei neben der *Entscheidung von Stimmberechtigten für eine bestimmte Partei* auch den Aspekt der *Teilnahme an einer Wahl*. Etwas konkreter hat der vorliegende Text das Ziel, den Parteientscheid und die Wahlteilnahme von Stimmberechtigten in Beziehung zu ihren sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen zu setzen, diese Beziehungen im Zeitverlauf zu beschreiben, und mögliche Veränderungen in diesen Beziehungen im Kontext gängiger Erklärungsmuster der Wahlergebnisse näher zu beleuchten.

Diese Broschüre bildet den Auftakt einer Reihe von Publikationen zu den National- und Ständeratswahlen 2003 im Rahmen der *Schweizer Wahlstudie Selects*. Damit knüpfen wir an die beiden Vorgängerbroschüren von Peter Farago (1996) und Hans Hirter (2000) an, welche erste Ergebnisse der *Schweizer Wahlstudien 1995* und *1999* präsentierten. Allerdings wird diese Kontinuität hier durch die Fokussierung auf den Zeitvergleich mehrerer aufeinander folgender Wahlen – und nicht auf eine einzige Wahl – gebrochen. Insofern liefert die vorliegende Studie gleichzeitig auch einen Überblick über den bisherigen Stand der *Schweizer Wahlstudie Selects*, die dieses Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum feiert.

*Selects 2003* ist ein gemeinsames Forschungsprojekt der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf, St. Gallen und Zürich, dem Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften (SIDOS) und dem Osservatorio della Vita Politica (OVP) des Kantons Tessin. *Selects 2003* wird von der Bundeskanzlei, dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF), der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) sowie den Kantonen Tessin, Zürich und Genf gefördert. Seit Februar 2004 gehört *Selects* zu den Infrastrukturaufgaben des SNF.

Peter Selb ist Leiter der Schweizer Wahlstudie *Selects* und Lehrbeauftragter am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Zürich. Romain Lachat ist Assistent, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Zürich. Er vertritt das Institut in der Arbeitsgruppe *Selects*. Die Autoren danken den Mitgliedern der Kommission und der Arbeitsgruppe *Selects* für ihre Unterstützung und ihre hilfreichen Anregungen zu den ersten Entwürfen der vorliegenden Publikation. Insbesondere gilt der Dank Vanessa Giannò, Oscar Mazzoleni und Mauro Stanga vom OVP für die Übersetzung der Broschüre ins Italienische. Der Kommission *Selects* gehören an: Carlo Malaguerra (Präsident), Thanh-Huyen Ballmer-Cao (Universität Genf), Dominique Joye (SIDOS), Max Kaase (International University Bremen), Hanspeter Kriesi (Universität Zürich), Wolf Linder (Universität Bern), Ioannis Papadopoulos (Schweizerische Vereinigung für Politikwissenschaft, SVPW), Henri von Rothen (Staatsschreiberkonferenz), Werner Seitz (Bundesamt für Statistik, BfS) und Hans-Urs Wili (Bundeskanzlei). Der Arbeitsgruppe *Selects* gehören an: Marc Bühlmann (Universität Bern), Thomas Christin (Universität St. Gallen), Dominique Joye (SIDOS), Romain Lachat (Universität Zürich), Oscar Mazzoleni (OVP), Sarah Nicolet (Universität Genf) und Peter Selb (Universität Zürich).

# Daten und Methoden

## *Daten*

Die hier präsentierten Daten sind in erster Linie Befragungsdaten. Unmittelbar nach den Wahlen vom 19. Oktober 2003 wurde im Rahmen der *Schweizer Wahlstudie Selects 2003* durch das LINK-Institut für Markt- und Sozialforschung eine telefonische Befragung zum Wahlverhalten und den politischen Einstellungen einer Zufallsauswahl von knapp 5'900 Stimmberechtigten mit kantonalen Schwerpunkten durchgeführt. 1995 und 1999 wurden vergleichbare Befragungen mit Stichprobengrössen von etwa 7'600 bzw. 3'200 Respondenten durchgeführt. Nähere Erläuterungen zur Datenerhebung im Rahmen von *Selects* und zu den Gewichtungen, welche in der vorliegenden Broschüre verwendet werden, finden sich im *technischen Anhang.* Darüber hinaus greifen wir punktuell auch auf andere Datenquellen inner- und ausserhalb von *Selects* zurück. Diese werden jeweils gesondert erwähnt.

## *Analysemethoden*

Wenn man das Wahlverhalten von Individuen in Beziehung zu ihren sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen setzt, dann geschieht das in aller Regel mit dem (nicht immer ausdrücklich formulierten) Ziel, kausale Aussagen über den Einfluss der individuellen Merkmale auf das Wahlverhalten treffen zu können. Beobachtet man beispielweise in einer einfachen Kreuztabelle, dass der Anteil der Teilnehmenden an einer Wahl mit zunehmendem Bildungsgrad, Alter oder Niveau des politischen Interesses steigt, dann liegt zunächst der Schluss nahe, dass sowohl in der formalen Bildung, als auch im Alter und im politischen Interesse wie auch immer geartete Ursachen der Wahlteilnahme liegen. Die Stärke der angenommenen kausalen Effekte bemisst sich dabei vage an der Prozentsatzdifferenz der Teilnehmenden zwischen den Bildungs- und Altersgruppen bzw. Interessenniveaus. Derartige Rückschlüsse aus der separaten Gegenüberstellung des Wahlverhaltens mit jeweils einem sozialen oder politischen Merkmal können aber trügerisch sein, denn verschiedene Merkmalsausprägungen treten in der Wählerschaft nicht unabhängig voneinander auf: Formal höher gebildete Personen neigen beispielsweise tendenziell auch zu einem höheren Interesse an der Politik als Personen mit niedrigerem Bildungsniveau, und jüngere Alterskohorten sind im Schnitt formal höher gebildet als die älteren. Es stellt sich dann sofort die Frage, ob sich die politisch Interessierten hinsichtlich ihrer Beteiligungsbereitschaft auch dann noch so deutlich von den weniger Interessierten unterscheiden würden, wenn diese Gruppen dasselbe Bildungsniveau aufweisen würden. Umgekehrt drängt sich der Verdacht auf, die Unterschiede in der Beteiligung zwischen den Altersgruppen würden möglicherweise noch deutlicher zu Tage treten, hätten beide Gruppen denselben durchschnittlichen Bildungsgrad. Mit anderen Worten hinterlassen solche *separaten* Gegenüberstellungen von Aspekten des Wahlverhaltens mit *einzelnen* sozialen und politischen Merkmalen ein hohes Mass an Unsicherheit darüber, welches nun die *einzigartigen Effekte*

der jeweiligen individuellen Merkmale auf das Wahlverhalten sind. Solche einzigartigen Effekte lassen sich in *multivariaten Modellen* durch die *statistische Konstanthaltung* möglicher Einflüsse von Drittvariablen isolieren. Aus diesem Grund wenden wir in der vorliegenden Studie multivariate Verfahren (lineare Regression, binäre und multinomiale Logitmodelle) an, um die interessierenden Effekte sozialer und politischer Merkmale auf das Wahlverhalten zu schätzen.

## *Interpretation der Ergebnisse*

Während die Schätzung multivariater Modelle deutliche Vorteile hinsichtlich kausaler Rückschlüsse gegenüber einfacheren, bivariaten Analysemethoden mit sich bringt, stellt sich zunächst das Problem der Präsentation der Ergebnisse, da die geschätzten Koeffizienten häufig nur schwer substantiell interpretierbar sind. Dennoch setzt die Lektüre dieser Broschüre keinerlei detaillierte Kenntnis der verwendeten Schätzverfahren seitens der Leserschaft voraus, denn dem Problem der Interpretierbarkeit begegnen wir hier, indem wir die geschätzten Koeffizienten selbst lediglich als ‚Rohmaterial' zur Gewinnung von intuitiveren Grössen nutzen: In der Regel präsentieren wir *vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten*[2], die sich in ihrer Interpretation nur wenig von den üblichen Prozentanteilen in einfachen Kreuztabellen unterscheiden. Wenn etwa in *Tabelle 2* hinsichtlich der Wahlteilnahme 2003 für Frauen ein Wert von 33.2 berichtet wird, dann bedeutet dies, dass Frauen bei Konstanthaltung der anderen untersuchten Merkmale mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 33 Prozent an der Wahl teilgenommen haben. In einer einfachen bivariaten Kreuztabelle würde man zu demselben Schluss kommen, wenn unter den Frauen eine Wahlbeteiligung von 33 Prozent zu beobachten wäre – dort allerdings ohne die Möglichkeit der Drittvariablenkontrolle. *Konstanthaltung* oder *Drittvariablenkontrolle* heisst in diesem Zusammenhang, dass sich der in *Tabelle 2* für 2003 zu beobachtende Unterschied in den Teilnahmewahrscheinlichkeiten zwischen den Geschlechtern (33.2 zu 43 Prozent) auf Frauen und Männer bezieht, die sich hinsichtlich aller anderen hier untersuchten Merkmale (Alter, Bildung, Einkommen etc.) nicht voneinander unterscheiden. Der berichtete Unterschied ist also nicht etwa darauf zurückzuführen, dass Männer im Schnitt über mehr beteiligungsrelevante Ressourcen wie Einkommen oder Bildung verfügen als Frauen. Vielmehr ist diese Differenz – freilich nur bezogen auf die hier untersuchten Merkmale – der bereits angesprochene, einzigartige Effekt des Geschlechts auf die Wahlbeteiligung.

Rückschlüsse aus statistischen Modellen sind immer mit einer gewissen Unsicherheit über die Exaktheit der Ergebnisse verbunden, welche bei der Analyse von repräsentativen Wahlbefragungen unter anderem daher rührt, dass diese auf einer Stichprobe basieren, und nicht auf der interessierenden Grundgesamtheit der Wahlberechtigten. Daher präsentieren wir hier neben den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auch deren *Signifikanzniveaus* als Masse der relativen Unsicherheit der Schätzergebnisse. Diese durch Sternchen gekennzeichneten Signifikanzniveaus geben minimale Wahrscheinlichkeiten wieder, mit denen sich die interessierenden Grössen von einer relevanten Bezugsgrösse unterscheiden

(daher *relative* Unsicherheit!). Wenn, um bei dem gerade genannten Beispiel zu bleiben, der Wert der Wahlbeteiligung 2003 für Frauen mit drei Sternchen notiert ist, also 33.2***, dann heisst das, dass sich Frauen in ihrem Beteiligungsniveau mit einer Wahrscheinlichkeit von über 99 Prozent (*Irrtumswahrscheinlichkeit* $p<.01$) von dem der relevanten *Referenzgruppe* ‚Männer' unterscheiden, deren Niveau etwa 43 Prozent beträgt. Zwei Sterne (**) kennzeichnen hingegen ein Signifikanzniveau von 95 Prozent ($p<.05$), ein Stern (*) kennzeichnet ein Signifikanzniveau von 90 Prozent ($p<.10$), kein Stern bedeutet schliesslich, dass sich ein jeweiliger Wert nicht signifikant von der Bezugsgrösse unterscheidet. Die Bezugsgrössen der Signifikanzen können je nach substantiellen Schwerpunkten der Analysen variieren. Aus den *Lesebeispielen*, die wir unter den Tabellen geben, sollte aber jeweils deutlich werden, in welcher Weise die berichteten Wahrscheinlichkeiten und Signifikanzen zu interpretieren sind.

Die bisherigen methodischen Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf die Schätzung und Darstellung des Einflusses sozialer Merkmale und politischer Einstellungen von Wahlberechtigten auf ihr Wahlverhalten. Zu wissen, wie sich welche Wahlberechtigten verhalten haben und warum, ist jedoch nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür, erklären zu können, warum welche Partei von einer Wahl zur nächsten wieviele Stimmenanteile gewonnen oder verloren hat und warum die Wahlbeteiligung bei einer Wahl höher ist als bei einer anderen. Wenn wir beispielsweise in *Tabelle 2* feststellen, dass die Teilnahmewahrscheinlichkeit der 18- bis 24-Jährigen von etwa 27.3 Prozent bei der Wahl 1995 auf ca. 46 Prozent in 2003 zugenommen hat, dann mag das für sich genommen bereits ein überraschender und interessanter Befund sein. Eine Antwort auf die möglicherweise noch interessantere Frage, welchen Effekt diese Veränderung auf die nationale Wahlbeteiligung hatte, ist aus diesem Ergebnis aber nicht unmittelbar ersichtlich. Dazu müssen die Teilnahmewahrscheinlichkeiten erst in Beziehung zu der Verteilung des betroffenen Merkmals in der Wahlbevölkerung gesetzt werden[3]. 1995 machten die 18- bis 24-Jährigen gemäss Statistik des jährlichen Bevölkerungsstands (ESPOP) des Bundesamt für Statistik 10.5 Prozent der Wahlbevölkerung aus; 2003 waren es etwas weniger, nämlich 10 Prozent. Dem entsprechend wäre bei Konstanthaltung der anderen Faktoren durch die Zunahme der Teilnahmewahrscheinlichkeit unter den 18- bis 24-Jährigen zwischen 1995 und 2003 ein Anstieg der nationalen Wahlbeteiligung um etwa $10\% \times 46\% - 10.5\% \times 27.3\% = 1.7\%$ zu erwarten gewesen. Solche *Aggregateffekte* von Veränderungen individueller Beziehungen auf den Ausgang von Wahlen werden wir zusätzlich präsentieren, wenn es darum geht, Interpretationen des Wahlergebnisses oder der Wahlbeteiligung (und nicht des individuellen Parteientscheids oder der individuellen Wahlteilnahme) zu bewerten, die beispielsweise in der Wahlberichterstattung der Massenmedien öffentlich diskutiert wurden.

# Wahlteilnahme

Die Wahlbeteiligung ist zwischen den Nationalratswahlen 1995 und 2003 von 42.2 Prozent über 43.3 Prozent 1999 auf 45.2 Prozent leicht angestiegen. Während dies auf den ersten Blick nicht weiter beachtenswert erscheint, gewinnt aber sogar dieser leichte Anstieg durch die Tatsache an Bedeutung, dass die Wahlbeteiligung seit Ende der 60er Jahre von durchschnittlich etwa 75 Prozent stetig gesunken war und 1995 ihren historischen Tiefpunkt erreichte. Vor diesem Hintergrund ist die doch beachtliche Aufmerksamkeit zu verstehen, die der Wahlbeteiligung in der öffentlichen Diskussion nach der Wahl im Oktober 2003 zukam. In Medienkommentaren wurde die Frage gestellt, ob der beschriebene Anstieg nun eine dauerhafte Trendwende darstelle, oder ob er vielmehr auf situative Faktoren zurückzuführen sei. Entsprechend wurden unterschiedliche *Erklärungen für den Beteiligungsanstieg* angeboten, denen wir im Verlauf dieses Kapitels unter anderem nachgehen werden:

- Die Wahlbeteiligung sei 2003 gestiegen, da diese Wahl aus Sicht der Wählerschaft – v.a. durch die Diskussion um die Zauberformel – als *bedeutsamer und potentiell konsequenzenreicher* als andere Wahlen angesehen wurde.
- Die Wahlbeteiligung sei 2003 durch die starke *politische Mobilisierung junger Wahlberechtigter* infolge der Proteste gegen den Irak-Krieg angestiegen.
- Die zunehmende *Polarisierung* des Schweizer Parteiensystems zwischen links und rechts habe zu einer zusätzlichen Mobilisierung der Wählerschaft geführt.
- Die Wahlbeteiligung sei partiell in den Kantonen gestiegen, in welchen 2003 auch faktisch die *vereinfachte briefliche Stimmabgabe* eingeführt wurde – namentlich in der Waadt und in Neuenburg[4].

Im nächsten Abschnitt werden wir zunächst durch eine Analyse der individuellen Einflussfaktoren der Wahlteilnahme und deren Veränderung über Zeit die ersten beiden Erklärungen bewerten. In den darauf folgenden Abschnitten widmen wir uns dann unter Einbeziehung von Daten über die Kontexte, innerhalb derer sich die Wahlberechtigten bewegen, den verbleibenden beiden Erklärungsansätzen.

## *Soziale und politische Merkmale der Wahlberechtigten*

Im internationalen Vergleich ist die Beteiligung an nationalen Wahlen in der Schweiz mit 45 Prozent ausserordentlich gering. Diese geringe Wahlbeteiligung erhöht die Wahrscheinlichkeit von Verzerrungen in der sozialen und politischen Zusammensetzung der tatsächlichen Wählerschaft gegenüber der Gesamtheit der Wahlberechtigten beträchtlich. Solche Verzerrungen können wiederum zur Über- bzw. Unterrepräsentation von Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen im politischen Prozess führen. Daher ist die Frage, welche Faktoren

einen Einfluss auf die individuelle Teilnahme an einer Wahl haben, unter demokratischen Gesichtspunkten hoch relevant.

*Tabelle 2* zeigt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der Wahlteilnahme in Abhängigkeit von einigen sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen der Wahlberechtigten *bei Konstanthaltung der jeweils anderen Merkmale auf den fettgedruckten Referenzkategorien*. Diese Referenzkategorien sind so gewählt, dass sie einen mehr oder weniger typischen Wahlberechtigten mit einer möglichst durchschnittlichen Teilnahmewahrscheinlichkeit repräsentieren. Betrachten wir also beispielsweise die Teilnahmewahrscheinlichkeiten nach Geschlecht, dann handelt es sich dabei um Frauen und Männer im Alter von 25 bis 44 Jahren mit mittlerem Bildungsniveau und Einkommen, Wohnsitz in einer ländlichen, deutschsprachigen Gegend, die den nationalen Wahlen eine mittlere Bedeutung zuschreiben und sich auf der Links-Rechts-Skala moderat einstufen. Die präsentierten Teilnahmewahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Altersgruppen beziehen sich entsprechend auf Männer mit mittlerem Bildungsniveau und Einkommen, Wohnsitz in einer ländlichen, deutschsprachigen Gegend, die den nationalen Wahlen eine mittlere Bedeutung zuschreiben und sich auf der Links-Rechts-Skala moderat einstufen usw.

Bezüglich des *Geschlechts* der Wahlberechtigten können wir für 1995 keine signifikanten Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Frauen und Männern feststellen. Dies ändert sich jedoch bis 1999 und 2003. Dort liegt die Teilnahmewahrscheinlichkeit der Männer mit etwa 41.1 bzw. 43 Prozent jeweils über dem Beteiligungsniveau der Frauen mit etwa 33 Prozent. Dies ist insofern erstaunlich, als dass an sich eine Fortsetzung des in anderen *Selects*-Studien konstatierten Trends zur Egalisierung der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern seit der Einführung des Frauenwahlrechts auf nationaler Ebene 1971 bis zur Nationalratswahl 1995 zu erwarten gewesen wäre[5].

Verschiedene *Altersgruppen* weisen in allen drei untersuchten Wahlen deutliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Teilnahmewahrscheinlichkeit auf: Ältere Wahlberechtigte partizipieren wesentlich häufiger an Wahlen als jüngere. Dieser starke positive Effekt des Alters auf die Teilnahmebereitschaft wird auf unterschiedliche Weisen interpretiert[6]. Einerseits erklärt man dies mit der unterschiedlichen Sozialisation der älteren Generation, die im Gegensatz zu den stärker individualisierten Jungen die Teilnahme an Wahlen eher als Bürgerpflicht betrachtet. Andererseits wird argumentiert, dass man, je älter man wird, immer mehr, vornehmlich materielle, Besitzstände zu verteidigen hat, und daher politisch aktiver wird. Gerade vor dem Hintergrund dieser Vorhersagen ist aber die Beobachtung erstaunlich, dass die Teilnahmewahrscheinlichkeit der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen seit den Wahlen 1995 deutlich von etwa 27.3 auf 46 Prozent zugenommen hat. Während sich das Beteiligungsniveau dieser Gruppe 1995 noch deutlich von dem der nächstälteren Gruppe unterschied, hat sie die Gruppe der 25- bis 44-Jährigen bis 2003 eingeholt. Offenbar hat also die eingangs formulierte These der zunehmenden politischen Mobilisierung junger Wahlberechtigter einiges für sich. Allerdings ist diese bereits für die Nationalratswahl

1999 zu beobachten, und nicht erst im Zuge der Proteste gegen den Irak-Krieg 2003. Nun lässt sich noch fragen, welchen Effekt die von 1995 bis 2003 zu beobachtende Steigerung der Teilnahmewahrscheinlichkeit im jüngsten untersuchten Alterssegment auf die nationale Wahlbeteiligung hatte. Wie bereits im Kapitel *Daten und Methoden* erwähnt, ist der Anteil der 18- bis 24-Jährigen an der Wahlbevölkerung im Zeitraum zwischen 1995 und 2003 von 10.5 auf 10 Prozent leicht zurückgegangen. Dem entsprechend wäre allein durch die Zunahme der Teilnahmewahrscheinlichkeit unter den 18- bis 24-Jährigen zwischen 1995 und 2003 ein Anstieg der nationalen Wahlbeteiligung um etwa $10\%\times46\%-10.5\%\times27.3\%=1.7\%$ zu erwarten gewesen.

Eine der regulären Erkenntnisse der Partizipationsforschung ist der Befund, dass Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status gesellschaftlich und politisch wesentlich aktiver sind als Personen mit einem niedrigeren Sozialstatus. Der sozioökonomische Status der Wahlberechtigten wird hier zum einen gemessen durch die *formale Bildung*. Dabei wird zwischen niedrigem (obligatorische Schule, Anlehre), mittlerer (Berufslehre oder -schule) und hohem Bildungsgrad (Matur, Fachhochschule, Universität) unterschieden. Zum anderen wird der sozioökonomische Status bestimmt durch das *Haushaltseinkommen*, wobei 3'000 SFr. als Wert für ein niedriges, 6'500 SFr. für ein mittleres und 10'000 SFr. für ein hohes Einkommen gewählt wurde[7]. Wie *Tabelle 2* zeigt, sind diese Differenzen in der Teilnahmewahrscheinlichkeit zwischen Gruppen von unterschiedlichem sozioökonomischen Status auch über die drei untersuchten Wahlen hinweg sehr robust: Die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme bei Personen mit niedriger formaler Bildung liegt bei etwa einem Drittel. Dieser Wert unterscheidet sich jeweils signifikant von dem der Referenzgruppe mit mittlerem Bildungsgrad, welche eine durchschnittliche Teilnahmebereitschaft von etwa 40 Prozent aufweist. Die Gruppe der Hochgebildeten partizipierte hingegen mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 50 Prozent an den Wahlen 1995 bis 2003. Hinsichtlich des Einkommens können wir im Zeitverlauf ein ähnlich stabiles Muster feststellen.

Bezüglich des Einflusses der *Wohngegend* auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit zeigt sich hingegen eine gewisse Veränderung über Zeit. Während sich 1995 bei Kontrolle anderer Faktoren kein signifikanter Unterschied in der Teilnahme der Bewohner der Kernstädte und Agglomerationen (hier: *Stadt*) einerseits und der Landbevölkerung andererseits zeigt, nahmen die Wahlberechtigten auf dem Land mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit von etwa 40 Prozent an den Nationalratswahlen 1999 und 2003 teil als die Städter mit etwa 35 Prozent. Möglicherweise ist dies ein – wenn auch nicht sonderlich eindrücklicher – Beleg der *decline-of-community* These, die besagt, dass die Partizipationsbereitschaft in städtischen Gemeinschaften gegenüber kleineren, ländlichen geringer ist, unter anderem da Politik dort abstrakter und unpersönlicher wird. Der viel beschworene ‚Röstigraben' zwischen den *Sprachregionen* lässt sich hingegen zumindest hinsichtlich der Wahlteilnahme nicht belegen. Signifikante Unterschiede in der Teilnahmewahrscheinlichkeit zwischen Wahlberechtigten aus der Deutsch- und aus der Westschweiz lassen sich hier bei Kontrolle der anderen Merkmale nicht feststellen.

*Tabelle 2. Der Einfluss von sozialen und politischen Merkmalen auf die Wahlteilnahme 1995 bis 2003: Ergebnisse der Schätzung separater binärer Logitmodelle ($N_{1995}$=5'938, $N_{1999}$=2'591, $N_{2003}$=4'715), Werte sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (in %).*

| ***Individuelle Merkmale*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** |
|---|---|---|---|
| Geschlecht | | | |
| - ***Männer*** | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *Frauen* | 40.4 | 33.3*** | 33.2*** |
| Alter | | | |
| - *18 bis 24* | 27.3*** | 40.8 | 46.0 |
| - ***25 bis 44*** | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *45 bis 64* | 50.3*** | 61.1*** | 60.8*** |
| - *65 und älter* | 61.2*** | 77.6*** | 73.6*** |
| Bildung | | | |
| - *niedrig* | 35.0*** | 30.0*** | 32.1*** |
| - ***mittel*** | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *hoch* | 49.4*** | 57.3*** | 46.9 |
| Einkommen | | | |
| - *niedrig (3'000 SFr)* | 37.1*** | 33.5*** | 38.0*** |
| - ***mittel*** *(6'500 SFr)* | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *hoch (10'000 SFr)* | 51.3*** | 49.1*** | 48.3*** |
| Wohngegend | | | |
| - *Stadt* | 44.2 | 31.6*** | 36.2** |
| - ***Land*** | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| Sprachregion | | | |
| - ***deutsch*** | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *französisch* | 41.1 | 38.6 | 47.8 |
| - *italienisch* | 50.9* | 48.2* | 45.2 |
| Extremität | | | |
| - *niedrig (0)* | 36.2*** | 38.4* | 37.9*** |
| - ***mittel*** *(1.5)* | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *hoch (5)* | 58.6*** | 47.6** | 55.4*** |
| Bedeutung der Wahl | | | |
| - *niedrig (0)* | 5.0*** | 3.8*** | 4.4*** |
| - ***mittel*** *(6)* | 42.8 | 41.1 | 43.0 |
| - *hoch (10)* | 81.3*** | 82.6*** | 83.1*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01, Lesebeispiel: Wenn alle anderen untersuchten Merkmale (ausser Geschlecht) an den (fettgedruckten) Referenzkategorien konstant gehalten werden, nahmen Frauen 1995 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 40% an der Wahl teil. Dieser Wert unterscheidet sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht von dem Wert der Geschlechtsreferenz Männer, die eine Teilnahmewahrscheinlichkeit von etwa 43% hatten. Etwas anders sah das 1999 aus. Hier lag die Teilnahmewahrscheinlichkeit für Frauen bei etwa 33%, die der Referenzgruppe Männer bei etwa 41%. Diese Werte unterscheiden sich mit über 99%-iger Wahrscheinlichkeit voneinander.*

Lediglich die Wahlberechtigten aus dem Tessin nahmen an den Wahlen 1995 und 1999 etwas häufiger teil als die Deutschschweizer Referenzgruppen.

Neben den sozialen Merkmalen spielen auch die politischen Motivationen und Einstellungen eine wichtige Rolle darin, ob Wahlberechtigte teilnehmen oder nicht. Die *Extremität* der Wahlberechtigten wird hier anhand einer ‚gefalteten', 11-stufigen Links-Rechts-Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) gemessen. Eine hohe Extremität von 5 haben diejenigen Personen, die sich auf einem der beiden Pole der Skala einstufen. Eine niedrige Extremität von 0 weisen diejenigen auf, die sich genau in der Mitte der Skala verorten. Eine mittlere Extremität schliesslich entspricht dem über alle drei Stichproben beobachteten Mittelwert der Extremität von 1.5. *Tabelle 2* zeigt, dass die Teilnahmewahrscheinlichkeit bei allen untersuchten Wahlen mit zunehmender Extremität signifikant ansteigt. Personen mit dezidierteren Links-Rechts-Orientierungen nehmen also eher an Wahlen teil als die moderateren. Aber allem voran zeigt die *Bedeutung, die eine Person einer Wahl zuschreibt*, einen starken Effekt auf ihre Teilnahmewahrscheinlichkeit. Die Bedeutung wurde in den Befragungen auf einer Skala von 0 ‚überhaupt keine Bedeutung' bis 10 ‚sehr grosse Bedeutung' gemessen. Hier steht der Skalenwert 0 für eine niedrige, der über alle drei Wahlen beobachtete Mittelwert 6 für eine mittlere und der Skalenwert 10 für eine hohe Bedeutung der Wahlen. Wie aus *Tabelle 2* abzulesen ist, liegt die Teilnahmewahrscheinlichkeit derer, die die Bedeutung der Wahlen als gering einstuften, für alle drei Wahlen bei nur etwa 5 Prozent. Diejenigen, die den Wahlen eine mittlere Bedeutung zuwiesen, gingen hingegen mit etwa 40-prozentiger Wahrscheinlichkeit zur Wahl. Die Wahlberechtigten schliesslich, die die Bedeutung als hoch einstuften, gingen sogar mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit an die Urne. Während dies ein eindrücklicher Beleg der Bedeutung motivationaler Faktoren der Wahlteilnahme ist, bleibt die zu Beginn dieses Kapitels formulierte These, die Wahlbeteiligung sei 2003 gestiegen, da diese Wahl aus Sicht der Wählerschaft als bedeutsamer und potentiell konsequenzenreicher als andere Wahlen angesehen wurde, davon zunächst unberührt. Würde diese Vermutung zutreffen, dann wäre zu erwarten, dass bei dem beobachteten, gleichbleibend starken Einfluss der individuellen Bedeutung der Wahl auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit die durchschnittliche Bedeutung, die den Wahlen zugeschrieben wird, 2003 deutlich höher ist als bei den Wahlen davor. Hierfür geben die Daten allerdings keine klare Bestätigung: Die Bedeutung der Wahlen wurden auf der Skala von 0 bis 10 durchschnittlich auf 5.6 eingestuft, 1999 lag der Durchschnitt bei 5.8, 2003 schliesslich bei 5.9. Diese Mittelwerte unterscheiden sich auf konventionellen Wahrscheinlichkeitsniveaus nicht signifikant voneinander. Als Erklärung für den Anstieg der Wahlbeteiligung scheidet dieser Faktor also aus.

## *Kantonaler Kontext*

Neben den sozialen und politischen Merkmalen der Wahlberechtigten gibt es auch zahlreiche Faktoren des Umfelds der Wahlberechtigten, die sich positiv oder negativ auf deren Teilnahmebereitschaft auswirken können. An erster Stelle ist

dabei sicherlich die Wahlpflicht zu nennen, die es sanktionsbewährt innerhalb der Schweiz nur noch im Kanton Schaffhausen gibt, wo die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen die der anderen Kantone regelmässig bei weitem übersteigt. Allerdings gilt das Interesse hier weniger solchen dauerhaften Gegebenheiten, als vielmehr einigen Umfeldbedingungen, die sich im Verlauf der beobachteten Periode von 1995 bis 2003 gewandelt haben, namentlich der Polarisierung und der Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe[8]. Um den möglichen Einfluss dieser Faktoren zu testen, betrachten wir hier zunächst die Veränderungen der offiziellen Beteiligungsquoten zwischen den Nationalratswahlen 1995 und 2003 auf kantonaler Ebene. Diese Veränderungen setzen wir in einem statistischen Modell in Abhängigkeit zur Veränderung der Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme von 1995 bis 2003 und zur Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe in den Kantonen. Die *Veränderung der Polarisierung* wird dabei durch die zeitliche Differenz eines politikwissenschaftlichen Standardmasses der ideologischen Distanz der Parteien innerhalb der Kantone bestimmt, welches auf der mittleren Links-Rechts-Selbsteinstufung der Wählenden einer jeweiligen Partei und deren Stimmenanteil bei der betreffenden Nationalratswahl fusst[9]. Insgesamt hat die Polarisierung der Parteiensysteme von 1995 bis 2003 in 24 der 26 Kantone in unterschiedlichem Ausmass zugenommen. Am stärksten im Kanton Uri, wo SVP und Grüne bei der Nationalratswahl 2003 aus dem Stand jeweils ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten und den bis dahin unumstrittenen Anspruch der FDP auf den einzigen Nationalratssitz des Kantons ins Wanken brachten. Am deutlichsten abgenommen hat die Polarisierung hingegen im Kanton Nidwalden, wo die Machtverhältnisse 1999 und 2003 wieder eindeutig waren, nachdem die FDP bei der Wahl 1995 der CVP den einzigen Nationalratssitz entrissen hatte. Die *vereinfachte briefliche Stimmabgabe* wurde im Untersuchungszeitraum, wie bereits erwähnt, in den Kantonen Waadt und Neuenburg faktisch eingeführt.

*Tabelle 3. Der Einfluss der Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme und der Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe auf die Veränderung der Wahlbeteiligung in den Kantonen 1995 bis 2003: Ergebnisse einer linearen Regression (N=26), Werte sind vorhergesagte Abweichungen (in %).*

| ***Kantonale Merkmale*** | ***Abweichung 95-03*** |
|---|---|
| Polarisierung | |
| *- maximale Depolarisierung* | – 7.2** |
| *- durchschnittliche Polarisierung* | + 2.8** |
| *- maximale Polarisierung* | + 5.4** |
| Einführung vereinfachte briefliche Stimmabgabe | + 8.5** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01, Lesebeispiel: In denjenigen Kantonen, in denen die Polarisierung von 1995 bis 2003 abgenommen hat (und keine vereinfachte briefliche Stimmabgabe eingeführt wurde), ist die Wahlbeteiligung signifikant gesunken, und zwar maximal um etwa 7.2%.*

*Tabelle 3* zeigt, dass beide Faktoren tatsächlich einen signifikanten Effekt auf die Veränderung der Wahlbeteiligung hatten: Losgelöst von der Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe nahm mit zunehmender Polarisierung auch die Wahlbeteiligung in den Kantonen zu, und zwar um bis zu 5.4 Prozent. Umgekehrt nahm die Wahlbeteiligung mit abnehmender Polarisierung um maximal etwa 7.2 Prozent ab. Die durchschnittlich zu beobachtende Zunahme der Polarisierung zwischen 1995 und 2003 führte zu einem Anstieg der kantonalen Beteiligungsquoten um etwa 2.8 Prozent. Bei Konstanthaltung der Polarisierung an ihrem Mittelwert brachte die Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe in den betreffenden Kantonen eine Erhöhung der Wahlbeteiligung um etwa 9 Prozent. Gerade letzterer Befund deutet darauf hin, dass die häufiger öffentlich thematisierten Unterschiede in den Beteiligungsquoten zwischen der Deutsch- und der Westschweiz weniger auf politisch-kulturelle Unterschiede der Wählerschaften – etwa hinsichtlich des politischen Interesses – zurückzuführen sind als auf institutionelle Unterschiede. Denn die vereinfachte briefliche Stimmabgabe wurde in vielen französischsprachigen Kantonen erst mit Verspätung eingeführt.

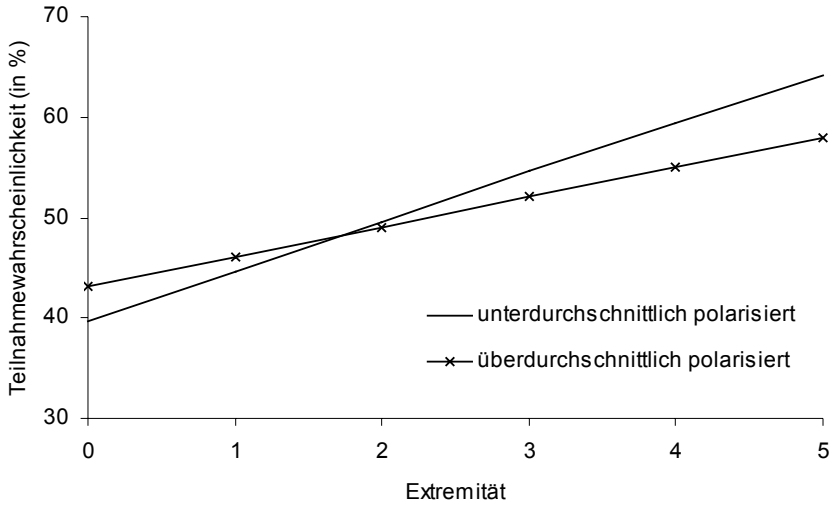
Um den Effekt der Veränderung der Polarisierung und der Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe in den Kantonen auf die Veränderung der *nationalen* Wahlbeteiligung abschätzen zu können, müssen wir nun noch die Anteile der stimmberechtigten Bevölkerung berücksichtigen, die auf die einzelnen Kantone entfallen. Die vereinfachte briefliche Stimmabgabe wurde in den Kantonen Waadt und Neuenburg eingeführt, in denen etwa 7 bzw. 2 Prozent der Schweizer Wählerschaft ihr Stimmrecht haben (siehe *Anhang, Tabelle A.2.*). Auf nationaler Ebene erhöhte sich also die Wahlbeteiligung zwischen 1995 und 2003 durch die Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe gemäss dem hier geschätzten Modell um etwa 8.5%×(7%+2%)=0.8%. Der nach der Verteilung der Wählerschaft auf die Kantone gewichtete Mittelwert der Veränderung der Polarisierung beträgt 0.73. Die Veränderung der Polarisierung erhöhte demnach die nationale Wahlbeteiligung zwischen 1995 und 2003 um etwa 0.73×2.8%=2%.

## *Merkmale der Wahlberechtigten im kantonalen Kontext*

Im vorangegangenen Abschnitt haben wir gezeigt, dass das Beteiligungsniveau auf kantonaler Ebene zwischen 1995 und 2003 mit zunehmender Polarisierung und der Einführung der vereinfachten Briefwahl angestiegen ist. Nun stellt sich die Frage, in welcher Weise diese beiden Kontextbedingungen auf die Wahlberechtigten gewirkt haben: Wurden durch die Veränderung der Kontextbedingungen alle Wahlberechtigten in gleichem Mass mobilisiert bzw. demobilisiert, oder sind es jeweils bestimmte Segmente der Wählerschaft, welche sich gegenüber einer Veränderung des Kontexts besonders sensibel zeigten? Es wäre beispielsweise vorstellbar, dass eine zunehmende Polarisierung Stimmberechtigte an den Rändern des politischen Spektrums stärker mobilisiert als diejenigen in der Mitte. Oder umgekehrt wäre es denkbar, dass sich die moderateren Wahlberechtigten durch eine vermutlich intensivere Kampagne in einem polarisierten Umfeld

verhältnismässig stärker mobilisieren lassen als die ohnehin höher politisierten Teile der Wählerschaft mit extremeren politischen Positionen. Wie schon aus *Tabelle 2* ersichtlich, zeigt auch *Abbildung 1*, dass die Teilnahmewahrscheinlichkeit von Wahlberechtigten mit deren Extremität auf der Links-Rechts-Skala steigt. Polarisierung hat aber offenbar einen stärkeren mobilisierenden Effekt auf die moderateren Segmente der Wählerschaft: Bei überdurchschnittlicher Zunahme der kantonalen Polarisierung zwischen 1995 und 1999 bzw. zwischen 1999 und 2003 nivellierten sich zumindest tendenziell die Unterschiede in der Teilnahmebereitschaft zwischen Personen mit moderateren und extremeren Links-Rechts-Orientierungen.

*Abbildung 1. Der Einfluss der Extremität auf Wahlteilnahme in unter- bzw. überdurchschnittlich polarisierenden kantonalen Kontexten: Ergebnisse der Schätzung eines binären Logitmodells mit Daten aus 1999 und 2003 (N=8'408), Werte sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten.*




Unterschiedliche Reaktionen auf die Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe zwischen Gruppen von Wahlberechtigten mit verschiedenen sozialen und politischen Ausprägungen konnten wir hingegen nicht finden. Das heisst, die Einführung der vereinfachten brieflichen Stimmabgabe erhöhte die Wahlbeteiligung offensichtlich gleichmässig über unterschiedliche Bevölkerungsgruppen hinweg.

# Parteientscheid

Nachdem nun einige Ergebnisse hinsichtlich der Bestimmungsgrössen der Wahlteilnahme und deren Veränderung über Zeit präsentiert wurden, beschäftigen wir uns in diesem Kapitel mit dem Parteientscheid als zweitem zentralen Aspekt des Wahlverhaltens. Zunächst soll dabei versucht werden, die Wanderungsbewegungen der Wählerschaft zwischen den Nationalratswahlen 1995 und 1999 bzw. 1999 und 2003 nachzuzeichnen. Anschliessend wird der individuelle Parteientscheid auf mögliche soziale und politische Bestimmungsfaktoren zurückgeführt und deren Veränderung über Zeit beleuchtet.

## *Wählerwanderungen*

Insbesondere dann, wenn aus Wahlen grössere Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis hervorgehen, beherrscht die Frage nach Ausmass und Richtung von Wählerwanderungen nicht nur die strategischen Gremien der Parteien, sondern auch die Wahlberichterstattung der Medien. Gestützt auf Analysen der offiziellen Ergebnisse der Nationalratswahlen auf Gemeindeebene orteten einige Medien die bedeutendsten Wanderungen zwischen 1995 und 1999 von den kleineren rechten Parteien und den ehemaligen Nichtwählenden hin zur SVP. Für die Periode 1999 bis 2003 kam eine publizierte Untersuchung anhand von Befragungsdaten – allerdings unter Ausschluss der Nichtwählerschaft – zu dem Schluss, dass vor allem die CVP und die FDP Stimmenanteile an die SVP verloren hätten[10].

Solche Ergebnisse sind – einschliesslich unserer eigenen – aus methodischen Gründen mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen, denn die Daten, welche der Wahlforschung üblicherweise zur Verfügung stehen, sind ausgerechnet zur Beantwortung der sehr interessanten Frage nach den Wählerwanderungen nur bedingt geeignet[11]. Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung verwendeten Daten sind Fragen nach dem *aktuellen Parteientscheid* und dem *erinnerten Parteientscheid* bei den vorangegangenen Wahlen im Rahmen der *Selects*-Querschnittsbefragungen 1999 und 2003. Da Nationalratswahlen nur alle 4 Jahre stattfinden, könnte das Erinnerungsvermögen mancher Befragter aber bisweilen etwas verblasst sein. Tatsächlich gaben bei den Befragungen 1999 und 2003 jeweils etwa 20 Prozent der Respondenten an, sich nicht mehr daran erinnern zu können, ob sie an den vorangegangenen Wahlen teilgenommen bzw. für welche Partei sie gestimmt haben. Problematischer erscheint aber in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dass die Erinnerung einiger Befragter falsch ist. Konkret lässt sich anhand einer Mehrfachbefragung derselben Respondenten zum Zeitpunkt zweier aufeinanderfolgender Wahlen (*Panelbefragung*) im Rahmen von *Selects 2003* zumindest tendenziell zeigen, dass Wechselwähler ihren erinnerten Parteientscheid mit dem aktuellen Parteientscheid in Einklang bringen und dass daher das Ausmass tatsächlicher Wanderungsbewegungen mittels solcher Erinnerungsfragen eher unterschätzt wird[12]. Vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der verwendeten Daten

betrachten wir nun die mittels der Erinnerungsfragen geschätzten Wählerwanderungen zwischen 1995 und 1999 bzw. 1999 und 2003 in den *Tabellen 4 und 5*.

*Tabelle 4. Wählerwanderungen 1995 bis 1999: Ergebnisse der Schätzung eines multinomialen Logitmodells des Parteientscheids in Abhängigkeit des erinnerten Parteientscheids bei der vorangegangenen Wahl (N=2'436), Werte sind vorhergesagte Übergangswahrscheinlichkeiten (in Zeilenprozent).*

| **Parteientscheid** | **1999** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **1995** | *Grüne* | *SP* | *CVP* | *FDP* | *SVP* | *Übrige* | *Nichtwählende* |
| *Grüne* | *57.4**** | 14.2*** | 0.0 | 4.7 | 0.0 | 14.0* | 9.7* |
| *SP* | 6.5*** | *57.5**** | 3.0*** | 2.8*** | 2.8*** | 6.5*** | 20.9*** |
| *CVP* | 0.0 | 3.7*** | *60.2**** | 3.4*** | 6.4*** | 0.8 | 25.5*** |
| *FDP* | 0.0 | 1.3* | 2.3** | *56.8**** | 10.0*** | 2.4** | 27.3*** |
| *SVP* | 0.0 | 1.6 | 2.1 | 2.6* | *65.5**** | 4.5** | 23.6*** |
| *Übrige* | 3.4 | 5.2*** | 2.9* | 5.5*** | 4.9*** | *56.4**** | 21.5*** |
| *Nichtwählende* | 0.5** | 2.1*** | 1.7*** | 1.7*** | 2.7*** | 1.4*** | *89.9**** |
| *(Neuwählende)* | 4.2** | 6.0*** | 3.2* | 2.2** | 8.1*** | 3.1** | 73.1*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01; Lesebeispiel: Diejenigen, die bei der Wahl 1995 die Grünen gewählt hatten (laut Recall-Frage!), haben 1999 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 57% wiederum den Grünen ihre Stimme gegeben. Die Wahrscheinlichkeit, dass keiner unter den ehemaligen grün Wählenden 1999 erneut dieser Partei die Stimme gab, liegt unter einem Prozent.*

*Tabelle 5. Wählerwanderungen 1999 bis 2003: Ergebnisse der Schätzung eines multinomialen Logitmodells des Parteientscheids in Abhängigkeit des erinnerten Parteientscheids bei der vorangegangenen Wahl (N=4'104), Werte sind vorhergesagte Übergangswahrscheinlichkeiten (in Zeilenprozent).*

| **Parteientscheid** | **2003** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **1999** | *Grüne* | *SP* | *CVP* | *FDP* | *SVP* | *Übrige* | *Nichtwählende* |
| *Grüne* | *57.8**** | 12.3*** | 1.5 | 0.0 | 3.7 | 7.5** | 17.3*** |
| *SP* | 8.3*** | *54.7**** | 1.1** | 2.0*** | 3.2*** | 3.2*** | 27.6*** |
| *CVP* | 1.2 | 2.7*** | *62.4**** | 2.5*** | 6.8*** | 1.1 | 23.3*** |
| *FDP* | 2.0*** | 1.8*** | 3.8*** | *56.6**** | 13.7*** | 1.1* | 21.0*** |
| *SVP* | 0.8 | 1.4*** | 1.2* | 1.4** | *72.0**** | 4.5*** | 18.7*** |
| *Übrige* | 5.1*** | 6.9*** | 2.6* | 1.3** | 6.6*** | *60.5**** | 17.2*** |
| *Nichtwählende* | 0.7*** | 2.0*** | 1.5*** | 2.9*** | 2.9*** | 1.1*** | *90.2**** |
| *(Neuwählende)* | 5.1*** | 5.9*** | 2.5** | 4.9*** | 7.6*** | 3.9*** | 70.1*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01*

Hier zeigt sich insgesamt ein recht einheitliches Wanderungsmuster zwischen den Wahlen 1995 und 1999 und zwischen den Wahlen 1999 und 2003[13]. Tatsächlich unterscheiden sich nur wenige der Übergangswahrscheinlichkeiten 1999 bis 2003 auf 95-prozentigem Signifikanzniveau von den entsprechenden Werten 1995 bis 1999. Lediglich die FDP hat 2003 einen signifikant höheren

Anteil ihrer ehemaligen Wählenden an die SVP verloren als 1999. Gleichzeitig konnte die FDP aber 2003 mehr Neuwählende gewinnen als 1999. Weiterhin konnte die SVP von 1999 bis 2003 mit ca. 72 gegenüber 66 Prozent ihre Wählerschaft besser an sich binden als in der Vorperiode. Die SP schliesslich konnte 2003 einen grösseren Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft nicht mehr an die Urne bewegen, als das noch 1999 der Fall war.

Sowohl zwischen den Wahlen 1995 und 1999 als auch zwischen den Wahlen 1999 und 2003 ist – was aufgrund der ideologischen Nähe der beiden Parteien nicht weiter erstaunen kann – eine relativ hohe Fluktuation zwischen der SP und den Grünen zu beobachten. Weniger wechselseitig stellen sich hingegen die Wählerströme zwischen FDP und CVP einerseits und SVP andererseits dar. Diese liefen in beiden beobachteten Perioden recht eindeutig in Richtung SVP. Von den übrigen Parteien, den ehemals Nichtwählenden und den Neuwählenden profitierten zwar auf den ersten Blick tendenziell die SVP und die SP am meisten. Gleichzeitig flossen jeweils aber auch bedeutende Proportionen ihrer Wählerschaften zu den Nichtwählern und den übrigen Parteien ab. Die in den weiter oben zitierten Studien berichteten Wanderungsmuster finden also in den hier präsentierten Daten eine mehr oder weniger deutliche Bestätigung.

## *Soziale Merkmale der Wählenden*

In diesem und dem folgenden Abschnitt präsentieren wir eine Analyse der sozialen und politischen Bestimmungsgrössen des Parteientscheids von 1995 bis 2003. *Tabelle 6* zeigt zunächst die Ergebnisse für die sozialdemografischen und sozioökonomischen Faktoren.[14].

Die meisten Merkmale der Wählerinnen und Wähler, die hier untersucht werden, wurden bereits in den vorangegangenen Abschnitten vorgestellt (Geschlecht, Alter, Bildung, Wohngegend, Einkommen). Zwei Faktoren sind aber neu. Dabei handelt es sich einerseits um die *Religion*. Hier unterscheiden wir zwischen fünf Gruppen: Katholiken und Protestanten, die jeweils weiter differenziert werden danach, ob die Religion häufig praktiziert wird oder nicht[15]. Eine fünfte Gruppe setzt sich aus den Wählenden zusammen, die überhaupt keiner oder einer anderen als den beiden genannten Glaubensgemeinschaften angehören. Hinsichtlich der *sozialen Klasse* werden sieben Kategorien unterschieden, die auf Basis des Beruf des Hauptverdienenden im Haushalt der Befragten gebildet wurden[16]: Zwei Kategorien umfassen die *qualifizierten* und *unqualifizierten Arbeiter*. Weitere drei Gruppen fassen die Angehörigen der Mittelschicht zusammen. Dabei unterscheiden wir zwischen den Wählerinnen und Wählern, die einer administrativen oder kommerziellen Tätigkeit nachgehen (*Manager*), den *technischen Spezialisten* (z.B. Ingenieure, im naturwissenschaftlichen Bereich tätige Personen) und den *soziokulturellen Spezialisten* (Sozial- und Pflegeberufe, LehrerInnen, medizinische Berufe usw.). Darüber hinaus wird zwischen den *Bauern* und den *Selbständigen* der alten Mittelschicht (Handwerker, kleine Händler usw.) differenziert.

Wie schon bei der Analyse der Wahlbeteiligung wird auch hier der Einfluss der verschiedenen Merkmale auf den Parteientscheid bei Konstanthaltung der anderen untersuchten Faktoren an den (in der Tabelle fettgedruckten) *Referenzkategorien* dargestellt. Diese Referenzkategorien entsprechen dem Profil eines männlichen Wählers zwischen 45 und 64 Jahren mit mittlerer formaler Bildung und mittlerem Einkommen, der keiner Glaubensgemeinschaft angehört, in einer ländlichen Gegend wohnt und einen technisch spezialisierten Beruf ausübt.

Hinsichtlich des *Geschlechts* der Wählenden lässt sich für 2003 kein grosser Unterschied in der Wahlentscheidung feststellen. Lediglich die Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP wurde signifikant durch das Geschlecht beeinflusst: Die Partei von Christoph Blocher wurde eher von Männern als von Frauen unterstützt. Ein solcher Unterschied war schon bei den vorherigen Wahlen sichtbar, er hat sich aber 2003 noch verstärkt. Im Gegensatz dazu haben mehr Frauen als Männer einer linken Partei den Vorzug gegeben.

Die Unterschiede zwischen den *Alterskategorien* fallen wesentlich deutlicher aus, und dies sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen den Wahljahren. Die Grünen waren unter den jungen Wählerinnen und Wählern wesentlich erfolgreicher als unter den älteren. Zwischen 1995 und 2003 ist diese Kluft noch deutlicher geworden. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Grünen etwas von der Sozialdemokraten. Die Unterstützung für die SP unter den jüngsten (18-24) und den ältesten Wählenden (65 und älter) war geringer als unter den Angehörigen der beiden mittleren Alterskategorien.

Was die CVP betrifft, kann man zwischen 1995 und 2003 einen klaren Unterschied feststellen. Bei den beiden vorangegangenen Wahlen 1995 und 1999 spielte das Alter der Wählerinnen und Wähler keine Rolle. Für 2003 lässt sich hingegen feststellen, dass die Wahrscheinlichkeit, CVP zu wählen, im jüngsten Alterssegment mit 13 Prozent signifikant höher war als für die der Referenzkategorie der 45- bis 64-Jährigen mit 5 Prozent. Diese Veränderung ist überraschend, denn die CVP war traditionell eher schwach unter den jüngeren Generationen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung können die Gründe für diese Entwicklung leider nicht präzise ermittelt werden. Immerhin sind mehrere Erklärungen denkbar. Erstens könnte es sich um einen strategischen Wahlentscheid seitens der jungen Wählenden handeln: Durch die Unterstützung der CVP hat ein Teil der jungen Wählerinnen und Wähler versucht, den Niedergang der Partei zu bremsen, um so den zweiten Bundesratssitz der CVP zu sichern. Eine andere mögliche Hypothese wäre die eines „Metzler-Effekts“: Ihre Wahl in den Bundesrat 1999 hätte es dementsprechend der CVP ermöglicht, ihre Stellung unter den jungen Wählerinnen und Wählern zu stärken. Hier handelt es sich jedoch nur um Vermutungen, die einer genaueren Untersuchung bedürften.

Die beiden anderen bürgerlichen Parteien wurden 2003 von den älteren Wählenden stärker unterstützt. Ein solches Profil ist für die FDP bereits seit 1995 kennzeichnend. Was die SVP betrifft, handelt es sich um einen neue Entwicklung, die sich erst 2003 abzeichnete.

*Tabelle 6. Der Einfluss von sozialen Merkmalen auf den Parteientscheid. Ergebnisse der Schätzung eines multinomialen Logitmodells ($N_{1995}$=2'899, $N_{1999}$=1'524, $N_{2003}$=2'645), Werte sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (in %).*

| | ***Grüne*** | | | ***SP*** | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** |
| Geschlecht | | | | | | |
| *- Männer* | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- Frauen* | 5.0 | 4.0 | 10.7 | 19.9 | 18.2 | 31.1 |
| Alter | | | | | | |
| *- 18-24* | 9.5** | 15.5*** | 15.7*** | 12.7* | 18.7 | 12.5*** |
| *- 25-44* | 8.4** | 9.0* | 11.2 | 22.4 | 16.1 | 25.6 |
| *- **45-64*** | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- 65 und älter* | 1.4*** | 1.2 | 4.4 | 12.4* | 14.0 | 19.8 |
| Bildung | | | | | | |
| *- niedrig* | 3.6 | 2.2 | 2.0*** | 19.3 | 21.2 | 24.1 |
| *- **mittel*** | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- hoch* | 5.9 | 6.8 | 11.9* | 25.1* | 26.1* | 27.6 |
| Einkommen | | | | | | |
| *- niedrig (3'000 SFr)* | 5.3 | 3.4 | 7.8 | 20.4 | 16.7 | 26.3 |
| *- **mittel** (6'500 SFr)* | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- hoch (10'000 SFr)* | 3.2 | 3.4 | 6.4 | 15.7 | 16.3 | 22.9 |
| Soziale Klasse | | | | | | |
| *- nicht-qualifizierte Arbeiter* | 0.0*** | 29.1*** | 23.4*** | 14.0 | 21.7 | 19.4 |
| *- qualifizierte Arbeiter* | 4.9 | 5.2 | 6.1 | 19.3 | 20.1 | 21.9 |
| *- Manager* | 3.0 | 4.6 | 8.7 | 15.3 | 20.5 | 25.4 |
| *- **techn. Spezialisten*** | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- soziokult. Spezialisten* | 8.2** | 11.1** | 12.2* | 28.3*** | 39.9*** | 40.4*** |
| *- Selbständige* | 2.7 | 7.3 | 7.3 | 12.0** | 13.4 | 17.6** |
| *- Bauern* | 7.4* | 0.0*** | 0.0*** | 0.5*** | 5.6*** | 12.0*** |
| Wohngegend | | | | | | |
| *- **Land*** | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- Stadt* | 5.2 | 2.6 | 9.2 | 24.8* | 23.5 | 32.0* |
| Religion | | | | | | |
| *- keine/andere* | 4.2 | 3.4 | 7.1 | 18.1 | 16.9 | 24.8 |
| *- nicht-prakt. Protestanten* | 3.3 | 1.4 | 3.4* | 17.5 | 15.4 | 21.1 |
| *- prakt. Protestanten* | 7.0 | 0.5*** | 2.2*** | 14.5 | 7.5*** | 15.9*** |
| *- nicht-prakt. Katholiken* | 3.1 | 1.8 | 3.0** | 15.8 | 10.6* | 20.0 |
| *- prakt. Katholiken* | 2.1* | 0.1*** | 0.7*** | 6.9*** | 5.9*** | 6.2*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01. Lesebeispiel: Wenn man alle anderen Merkmale an den fettgedruckten Referenzkategorien konstant hält, beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person mit niedriger formaler Bildung 2003 die Grünen gewählt hat, etwa 2%. Wir sind mindestens zu 99% sicher, dass sich diese Wahlwahrscheinlichkeit von der der Personen mit mittlerer formaler Bildung (7%) unterscheidet.*

*Tabelle 6. Fortsetzung.*

| ***CVP*** | | | ***FDP*** | | | ***SVP*** | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** |
| (Geschlecht) | | | | | | | | |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 6.9 | 12.7 | 4.3 | 18.2 | 24.7 | 12.5 | 18.1 | 22.5* | 28.6*** |
| (Alter) | | | | | | | | |
| 7.8 | 16.1 | 13.0*** | 12.9 | 7.2*** | 15.6 | 19.1 | 31.8 | 30.7** |
| 9.3 | 8.9 | 4.9 | 14.7 | 15.7 | 10.3 | 18.4 | 34.1 | 33.5 |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 10.1 | 11.7 | 5.9 | 32.3*** | 26.5 | 18.6** | 20.5 | 35.4 | 38.6 |
| (Bildung) | | | | | | | | |
| 12.1 | 12.1 | 3.2 | 17.4 | 15.6 | 9.4 | 20.4 | 36.2 | 48.0 |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 9.2 | 9.3 | 4.9 | 14.0 | 21.5 | 12.4 | 17.1 | 20.6** | 30.4** |
| (Einkommen) | | | | | | | | |
| 6.9 | 11.1 | 4.8 | 11.9 | 13.5 | 8.2 | 26.7 | 37.9 | 42.0 |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 9.4 | 10.2 | 4.7 | 22.6 | 30.2 | 16.6* | 22.4 | 27.9 | 39.2 |
| (Soziale Klasse) | | | | | | | | |
| 8.2 | 6.6 | 5.4 | 14.5 | 11.2** | 7.5* | 21.0 | 16.5*** | 36.7 |
| 9.0 | 10.4 | 4.6 | 13.4 | 15.8 | 8.6 | 19.9 | 31.6 | 48.5 |
| 8.2 | 9.1 | 7.1 | 24.3** | 18.3 | 14.0 | 20.0 | 32.2 | 34.7 |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 9.9 | 6.0 | 2.5 | 18.7 | 8.6*** | 8.3 | 11.1*** | 17.7*** | 25.7*** |
| 10.7 | 6.8 | 5.7 | 21.8 | 22.1 | 13.7 | 22.3 | 36.3 | 48.1 |
| 13.7* | 3.9** | 1.6*** | 7.7*** | 25.1 | 4.9*** | 48.9*** | 49.3** | 76.1*** |
| (Wohngegend) | | | | | | | | |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 4.9 | 7.0 | 2.7 | 11.4 | 17.5 | 12.0 | 18.2 | 29.4 | 30.4** |
| (Religion) | | | | | | | | |
| 8.1 | 10.8 | 4.8 | 16.6 | 20.7 | 11.8 | 24.8 | 33.4 | 41.0 |
| 3.5** | 8.7 | 4.8 | 22.8 | 26.8 | 17.8** | 40.7** | 38.1 | 46.9 |
| 4.1* | 12.5 | 13.5*** | 18.4 | 24.1 | 12.1 | 34.3 | 32.6 | 37.6 |
| 18.5** | 34.4*** | 21.5*** | 22.2 | 19.7 | 14.9 | 24.4 | 29.4 | 37.5 |
| 53.0*** | 55.4*** | 55.5*** | 14.9 | 14.4 | 7.7* | 17.6 | 18.2*** | 27.3*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01*

Die Unterschiede, die auf das *formale Bildungsniveau* der Wahlberechtigten zurückzuführen sind, spiegeln sie sich vor allem in einem Kontrast zwischen der Linken und der SVP wider: Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Wahrschein-

lichkeit eines Wahlentscheids für die SVP, während die Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen, steigt. Dieser Kontrast ist sehr deutlich: Unter den Wahlberechtigten mit tiefem Bildungsniveau lag die Wahrscheinlichkeit eines Wahlentscheids für die SVP anderthalb mal höher als unter denjenigen mit hohem Bildungsniveau. Dieser Unterschied hat sich im Zeitverlauf noch verstärkt, da die Unterstützung für die SVP seit 1995 zwar in allen Alterskategorien gestiegen ist, besonders stark jedoch unter den Wählern mit einer niedrigen formalen Bildung.

Bei den Sozialdemokraten zeigt sich ein anderes Entwicklungsmuster bezüglich des Einflusses der Bildung. Während die SP 1995 und 1999 vor allem unter den höher Gebildeten Erfolge erzielen konnte, konnte sie ihr Defizit in den anderen beiden Bildungsgruppen 2003 kompensieren. Bei der Wahl 2003 hatte die Bildung bei Kontrolle der anderen Merkmale keinen signifikanten Einfluss mehr auf die Wahrscheinlichkeit, SP zu wählen. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der Analysen und Medienberichte, die der SP unmittelbar nach der Wahl eine Verstärkung ihres ‚elitären' Charakters attestierten, doch überraschend.

Gleichermassen können wir in *Tabelle 6* sehen, dass das *Einkommen* nur eine untergeordnete Rolle in der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler spielte. Der einzige wichtige Unterschied ist beim Parteientscheid für die FDP zu beobachten. Ein hohes Einkommen steigerte 2003 die Wahrscheinlichkeit, die FDP zu wählen, signifikant. Für die anderen Parteien sind die Effekte des Einkommens gering oder sogar null. Auch in dieser Hinsicht kann also die SP nicht als zunehmend ‚elitäre' Partei bezeichnet werden. Ganz im Gegenteil lässt sich für den gesamten Untersuchungszeitraum zumindest in der Tendenz feststellen, dass die Unterstützung für die SP in den unteren Einkommensschichten geringfügig höher war. Signifikant ist dieser Unterschied jedoch nicht.

Während der Parteientscheid der Wählerinnen und Wähler von 1995 bis 2003 kaum von ihrer Bildung und ihrem Einkommen beeinflusst wurde, trat der Effekt der *sozialen Klasse* deutlich zu Tage. In der hier präsentierten Analyse dienen die technischen Spezialisten als Referenzkategorie für dieses sozioökonomische Merkmal. Im Vergleich zu dieser Gruppe fand die SP vor allem seitens der soziokulturellen Spezialisten stärkere Unterstützung. Weniger Erfolg hatte sie hingegen bei den Bauern und den anderen Selbstständigen der alten Mittelschicht. Was die Arbeiter betrifft, so rangierten diese zwischen den Selbständigen und den drei Gruppen der Mittelschicht. Die SP geniesst also den stärksten Rückhalt in der Klasse der soziokulturellen Spezialisten, und nicht etwa in der Arbeiterschaft. Geändert hat sich an diesem Profil seit 1995 kaum etwas. Auch für die Grünen ist die Unterstützung durch die soziokulturellen Spezialisten höher als durch die anderen Segmente der Mittelschicht oder durch die Bauern. Letztere wiesen 1999 und 2003 eine Wahlwahrscheinlichkeit für die Grünen nahe Null aus. Bemerkenswerter ist hier das Wahlverhalten der nicht-qualifizierten Arbeiterschaft. Diese zeigte bei den Wahlen 1999 und 2003 eine deutlich höhere Unterstützung für die Grünen als bei den vorangegangenen Wahlen 1995. Bei einer detaillierteren Analyse dieses Resultats wird deutlich, dass die Gewinne der Grünen unter den nicht-qualifizierten Arbeitern nicht auf Kosten der im Bundesrat

vertretenen, grossen Parteien ging. Es waren vor allem die anderen, hier nicht berücksichtigten Parteien, die 1999 und 2003 seitens der Arbeiterschaft deutlich weniger Unterstützung erhielten als noch 1995.

Unter den rechten Parteien sind die grössten Unterschiede zwischen den sozialen Klassen bei der SVP zu beobachten, wobei die Bindungen zwischen den sozialen Klassen und der SVP umgekehrt zu den Klassenbindungen der SP verliefen: Die Partei von Christoph Blocher erhielt unter den Bauern die grösste Unterstützung. Am schwächsten war der Rückhalt hingegen in der Gruppe der soziokulturellen Spezialisten. Für diese beiden Gruppen waren die Unterschiede in der Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP 2003 gegenüber der Referenzgruppe der technischen Spezialisten hochsignifikant. Während die SVP von 1995 und 2003 in allen sozialen Klassen zulegen konnte, war der Anstieg des Stimmenanteils unter den qualifizierten Arbeitern am stärksten. Das Klassenprofil der FDP hat sich in diesem Zeitraum dagegen nur wenig gewandelt. Sie erhielt bei allen drei Wahlen die grösste Unterstützung durch die Manager und die Selbständigen.

Wie bereits zu Beginn dieses Abschnitts erläutert wurde, berücksichtigen wir im Zusammenhang der *Religion* zwei Merkmale: Die *Konfession* und die *Kirchgangshäufigkeit* der Wählerinnen und Wähler. *Tabelle 6* zeigt, dass beide Merkmale einen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Dies wird vor allem im Fall der CVP sehr anschaulich. Dabei ist es nicht überraschend, dass die CVP bei allen drei Wahlen unter den Katholiken, vor allem unter den praktizierenden Katholiken, starken Rückhalt fand. Diese starke soziale Verankerung der CVP ist eine der Konstanten des Wahlverhaltens in der Schweiz. Bemerkenswert ist aber der zunehmende Erfolg der CVP unter den praktizierenden Protestanten. Während sich diese Gruppe bei der Nationalratswahl 1995 hinsichtlich ihrer Wahrscheinlichkeit, die CVP zu wählen, nicht signifikant von der Referenzgruppe derer, die keiner oder aber einer anderen Glaubensgemeinschaft angehörten, unterschied, waren die praktizierenden Protestanten 2003 eine der Gruppen, die die CVP am stärksten unterstützten. Möglicherweise liegt in dieser Beobachtung ein erstes Anzeichen dafür, dass sich die CVP bezüglich ihrer Wählerbasis von einer konfessionell exklusiven zu einer überkonfessionellen christlichen Partei wandelt. Allerdings konnte die breitere Abstützung durch die praktizierenden Christen über die Konfessionsgrenzen hinweg den weiteren Niedergang der CVP 2003 nicht verhindern. Denn gleichzeitig mit der Etablierung dieser neuen Bindung ist der Anteil der praktizierenden Christen in der Wählerschaft gesunken, und zwar am deutlichsten unter den Katholiken: 1995 betrug der Anteil der praktizierenden Katholiken in unserer Stichprobe 19.8 Prozent; 2003 ware es nur noch 13.6 Prozent. Bei Berücksichtigung des leichten Anstiegs der Wahlwahrscheinlichkeiten dieser Gruppe für die CVP von 53 auf 55.5 Prozent bedeutet dies insgesamt dennoch einen Rückgang des Stimmenanteils für die CVP zwischen 1995 und 2003 um 13.6%×55.5% - 19.8%×53%= -2.9 Prozent.

Eine weitere Veränderung hinsichtlich des Einflusses der Religion auf den Parteientscheid der Wählerinnen und Wähler lässt sich bei der SVP feststellen. Traditionell wurde diese Partei stärker durch die Protestanten als die Katholiken unter-

stützt. Dies ist aus unseren Resultaten zum Parteientscheid bei der Nationalratswahl 1995 mindestens tendenziell ersichtlich. Dort erhielt die SVP die seitens der praktizierenden, vor allem aber seitens der nicht-praktizierenden Protestanten die stärkste Unterstützung. Der generelle Anstieg der Wähleranteile für die SVP bis 2003 war hingegen unter den praktizierenden Protestanten am geringsten, was dazu geführt hat, dass sich 2003 praktizierende und nicht-praktizierende Protestanten 2003 mit etwa 37.6 zu 46.9 Prozent relativ deutlich in ihrer Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP unterschieden. Für die übrigen Parteien lassen sich keine nennenswerten Veränderungen des Einflusses der Religion auf den Parteientscheid der Wählerinnen und Wähler zwischen den Wahlen 1995 und 2003 feststellen. Für die beiden linken Parteien – insbesondere für die Grünen – gilt über den gesamten Zeitraum, dass diese seitens der nicht-praktizierenden Christen und derer, die keiner oder einer anderen Konfession angehören, stärker unterstützt wurden als durch die praktizierenden Protestanten und Katholiken.

Das letzte soziodemografische Merkmal, das hier betrachtet werden soll, ist die *Wohngegend*. Der Einfluss, den diese auf den Parteientscheid ausübte, war gering, wenn man für die anderen Charakteristika der Wählenden kontrolliert. Nur die SP war in den Städten tendenziell etwas stärker als in den ländlichen Regionen, während die SVP auf dem Land geringfügig mehr Erfolg hatte als in den Städten. Dieses schwache Resultat mag in Anbetracht der regionalen Differenzen der Parteistärken in den offiziellen Wahlergebnissen überraschend erscheinen: Dort lässt sich in der Regel beobachten, dass vor allem SP und Grüne in den Städten erfolgreicher sind, während SVP und CVP auf dem Land besser abschneiden. Gerade hier wird jedoch der Unterschied zwischen dem hier verfolgten, multivariaten Analyseansatz und einfacheren bivariaten Kreuztabellen klar ersichtlich. Denn offenbar geht ein guter Teil der Unterschiede zwischen den Wähleranteilen der Parteien in ländlichen und städtischen Regionen auf die unterschiedliche soziodemografische und sozioökonomische Zusammensetzung der Wählerschaft in der Stadt und auf dem Land zurück. Das heisst, Stadt-Land-Differenzen in den offiziellen Wahlergebnissen sind grösstenteils auf den Umstand zurückzuführen, dass sich Stadt- und Landbewohner hinsichtlich ihres Alters, ihrer Religion, ihrer sozialen Klasse usw. unterscheiden. Wenn man – wie wir es hier tun – für diese Merkmale kontrolliert, verschwinden die Differenzen in den Parteienstärken beinahe restlos.

## *Politische Merkmale der Wählenden*

In diesem dritten Abschnitt zur Analyse des Parteientscheids fragen wir nach der Bedeutung der politischen Merkmale der Wählerinnen und Wähler. Dabei berücksichtigen wir drei Merkmalstypen: Zuallererst die *Selbsteinstufung der Wählenden auf einer Links-Rechts-Achse*. Diese allgemeine Dimension ist die gebräuchlichste, wenn es darum geht, die Positionen der Parteien und der sozialen Gruppen innerhalb des politischen Raums der Schweiz zu beschreiben. Um einen detaillierten Einblick in die Wirkung politischer Positionen auf den Parteientscheid nehmen zu können, greifen wir darüber hinaus auch auf konkrete *Einstellungen*

*der Wählerinnen und Wähler zu drei politischen Zielen* zurück: Den *Beitritt zur Europäischen Union*, die *Erhöhung oder Verminderung von Steuern auf hohe Einkommen* und den *Ausstieg aus der Kernenergie*. Diese politischen Sachfragen spiegeln die drei Hauptdimensionen des politischen Raums der Schweiz wider: Den Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern einer Öffnung der Schweiz nach Aussen, den klassischen sozioökonomischen Verteilungskonflikt und die ökologische Konfliktdimension[17]. Diese drei Dimensionen sind in unterschiedlichem Mass in die Links-Rechts-Dimension integriert. So befürworten linke Parteien im Allgemeinen die Öffnung der Schweiz nach Aussen, eine gleichmässigere Verteilung des Wohlstands und eine umweltfreundliche Politik. Dennoch lassen sich die Positionen in allen drei genannten Konflikten nicht immer auf eine einzige (Links-Rechts-)Dimension reduzieren. Die simultane Analyse aller Faktoren erlaubt es uns daher, präzisere Rückschlüsse auf den Einfluss von politischen Orientierungen auf den Parteientscheid der Wählerinnen und Wähler zu ziehen. Drittens schliesslich berücksichtigen wir die Sympathien, die die Wählerinnen und Wählern verschiedenen politischen Persönlichkeiten entgegenbringen. Bei den Befragungen im Rahmen von *Selects 1999* und *2003* wurden die Respondenten um die Einschätzung der Sympathie von vier Politikerinnen und Politikern (jeweils eine Person pro Bundesratspartei) gebeten. 1995 waren es lediglich drei Persönlichkeiten (ohne CVP). Diese Sympathieeinschätzungen bezogen sich auf folgende Personen: Ruth Dreifuss (1995, 1999) und Micheline Calmy-Rey (2003) für die SP; Ruth Metzler (1999, 2003) für die CVP; Kaspar Villiger (1995), Franz Steinegger (1999) und Pascal Couchepin (2003) für die FDP; und Christoph Blocher (1995, 1999, 2003) für die SVP.

*Tabelle 7* zeigt die Ergebnisse der Analyse. Wie schon bei den vorangegangenen Analysen beziehen sich auch die hier berichteten Wahrscheinlichkeiten auf Wählerinnen und Wähler, die sich einzig hinsichtlich des jeweils betrachteten Merkmals unterscheiden, während die anderen Eigenschaften an den Werten der fettgedruckten Referenzkategorien konstant gehalten werden. Als Referenzwähler dient uns diesmal eine in Bezug auf ihre politischen Orientierungen ‚neutrale' Person, d.h. um jemanden, der sich in allen politischen Einstellungsfragen jeweils in der Mitte positioniert. Um ein Beispiel zu nennen, bezieht sich der Effekt unterschiedlicher Positionen auf der ökologischen Einstellungsdimension auf eine Person, die sich in der Mitte der Links-Rechts-Skala einstuft; die weder für den EU-Beitritt noch für den Alleingang der Schweiz ist, die weder für eine Erhöhung noch für eine Verminderung der Steuern auf hohe Einkommen ist, und die sämtlichen politischen Persönlichkeiten einen mittleren Sympathiewert zuweist. Für jede der acht hier berücksichtigten Einstellungen werden jeweils drei Werte pro Jahr und Partei präsentiert: Der Wert der (mittleren) Referenzkategorie, sowie die Werte für Personen, die sich auf einem der beiden extremen Pole der jeweiligen Einstellungsskala verorten[18].

*Tabelle 7. Der Einfluss von politischen Merkmalen auf den Parteientscheid: Ergebnisse der Schätzung eines multinomialen Logitmodells ($N_{1995}$=3'055, $N_{1999}$=1'320, $N_{2003}$=2'696), Werte sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (in %).*

| | ***Grüne*** | | | ***SP*** | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** |
| Politische Orientierung | | | | | | |
| *- links* | 17.6*** | 12.0*** | 21.1*** | 42.8*** | 57.3*** | 46.1*** |
| *- **Mitte*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- rechts* | 0.3*** | 0.4*** | 0.3*** | 1.9*** | 1.2*** | 1.2*** |
| EU-Beitritt | | | | | | |
| *- stark für Beitritt* | 2.9 | 4.2 | 4.1 | 16.0* | 23.4*** | 17.7*** |
| *- **weder noch*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- stark für Alleingang* | 3.9 | 2.6 | 3.5 | 9.8** | 7.3*** | 8.2*** |
| Steuern hohe Einkommen | | | | | | |
| *- stark für Erhöhung* | 3.3 | 2.7 | 6.4** | 18.4*** | 18.7* | 17.8*** |
| *- **weder noch*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- stark für Verminderung* | 3.6 | 4.1 | 2.4** | 8.8*** | 9.2* | 8.5*** |
| Kernenergie | | | | | | |
| *- stark gegen Nutzung* | 7.0*** | 8.2*** | 11.8*** | 14.1 | 16.8 | 15.6* |
| *- **weder noch*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- stark für Nutzung* | 1.7*** | 1.5* | 1.3*** | 11.6 | 10.8 | 9.3*** |
| Personensympathie SP | | | | | | |
| *- gar keine Sympathie* | 1.2*** | 1.5* | 2.5** | 3.4*** | 5.1*** | 3.8*** |
| *- **mittlere Sympathie*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- sehr viel Sympathie* | 7.3*** | 6.8** | 5.4 | 34.9*** | 29.3*** | 34.6*** |
| Personensympathie CVP | | | | | | |
| *- gar keine Sympathie* | | 9.1*** | 5.6 | | 16.7 | 17.4*** |
| *- **mittlere Sympathie*** | | 3.3 | 4.0 | | 13.8 | 12.8 |
| *- sehr viel Sympathie* | | 1.1*** | 2.4** | | 8.8** | 7.3*** |
| Personensympathie FDP | | | | | | |
| *- gar keine Sympathie* | 4.8 | 2.5 | 3.3 | 20.9*** | 13.0 | 15.2 |
| *- **mittlere Sympathie*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- sehr viel Sympathie* | 1.8*** | 3.1 | 4.0 | 5.6*** | 8.4** | 8.5*** |
| Personensympathie SVP | | | | | | |
| *- gar keine Sympathie* | 6.6*** | 7.1** | 4.5 | 20.7*** | 17.7 | 15.5* |
| *- **mittlere Sympathie*** | 3.4 | 3.3 | 4.0 | 12.9 | 13.8 | 12.8 |
| *- sehr viel Sympathie* | 1.4*** | 0.9*** | 1.8*** | 6.0*** | 5.1*** | 5.1*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01. Lesebeispiel : Wenn man alle anderen untersuchten Merkmale an den fettgedruckten Referenzkategorien konstant hält, liegt die Wahrscheinlichkeit, SP zu wählen, für die Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala ganz links einstufen, 2003 bei etwa 46.1%. Wir sind zu 99% sicher, dass sich dieser Wert von der Wahlwahrscheinlichkeit für die SP unter denjenigen, die sich in der Mitte der Skala verorten, unterscheidet (13%).*

*Tabelle 7 (Fortsetzung).*

| ***CVP*** | | | ***FDP*** | | | ***SVP*** | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** | ***1995*** | ***1999*** | ***2003*** |
| (Polit. Orientierung) | | | | | | | | |
| 6.5*** | 3.9*** | 6.0*** | 5.0*** | 3.8*** | 7.6*** | 4.0*** | 6.9*** | 4.1*** |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 24.7*** | 13.4 | 13.0 | 30.7*** | 37.1*** | 36.3*** | 16.5*** | 28.0 | 41.5*** |
| (EU-Beitritt) | | | | | | | | |
| 16.6 | 13.0 | 11.2*** | 26.0*** | 23.0 | 36.7*** | 8.0*** | 14.7** | 12.1*** |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 18.6 | 9.5 | 17.8 | 11.5*** | 15.2* | 19.2*** | 16.3*** | 31.2** | 35.2*** |
| (Steuern hohe Eink.) | | | | | | | | |
| 18.0 | 15.1 | 17.1 | 13.1*** | 11.6*** | 17.5*** | 12.3 | 17.2 | 24.5 |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 17.7 | 8.2 | 12.0* | 23.4*** | 30.0*** | 41.3*** | 10.9 | 26.6 | 17.9** |
| (Kernenergie) | | | | | | | | |
| 17.3 | 9.8 | 15.0 | 14.8 | 17.0 | 18.7*** | 10.6 | 19.7 | 16.2*** |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 18.5 | 13.3 | 13.1 | 20.8 | 21.7 | 37.5*** | 12.6 | 24.7 | 26.2** |
| (Pers. Sympathie SP) | | | | | | | | |
| 19.8 | 13.9 | 16.8 | 30.2*** | 21.3 | 34.5*** | 17.4*** | 36.3*** | 24.0 |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 11.8*** | 7.8* | 10.8*** | 7.4*** | 14.4** | 18.5*** | 5.6*** | 11.2*** | 16.1*** |
| (Pers. Sympathie CVP) | | | | | | | | |
| - | 3.6*** | 4.4*** | - | 25.4* | 31.3 | - | 14.7** | 20.4 |
| - | 11.7 | 14.9 | - | 19.7 | 28.3 | - | 22.6 | 21.9 |
| - | 30.9*** | 40.0*** | - | 11.6*** | 19.7*** | - | 26.8 | 18.4* |
| (Pers. Sympathie FDP) | | | | | | | | |
| 10.4*** | 8.0* | 14.0 | 5.9*** | 3.9*** | 12.0*** | 7.5*** | 20.2 | 35.2*** |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 22.7** | 9.8 | 12.5 | 38.8*** | 55.8*** | 51.9*** | 13.1 | 14.3** | 10.6*** |
| (Pers. Sympathie SVP) | | | | | | | | |
| 19.8 | 15.2 | 18.5** | 19.3 | 30.4*** | 43.5*** | 2.7*** | 3.5*** | 3.4*** |
| 18.1 | 11.7 | 14.9 | 17.8 | 19.7 | 28.3 | 11.7 | 22.6 | 21.9 |
| 12.3*** | 4.3*** | 5.8*** | 12.2*** | 6.0*** | 8.8*** | 37.3*** | 68.4*** | 67.7*** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01*

Hinsichtlich des Einflusses der Selbstpositionierung auf der *Links-Rechts-Skala* lässt sich eine deutliche Polarisierung beobachten. Diejenigen Personen, die sich ganz links auf dem ideologischen Kontinuum verorten, bevorzugen klar die SP

und – in geringerem Mass – die Grünen. Daran hat sich seit 1995 nichts geändert. Anders sieht das auf der rechten Seite des politischen Spektrums aus. 2003 war es die SVP, die unter den Wählenden ganz rechts auf der Skala den grössten Zuspruch erhielt, während dies 1995 und 1999 noch die FDP war. Seitdem hat sich der Einfluss der ideologischen Orientierung auf die Unterstützung der Freisinnigen abgeschwächt, was entweder bedeutet, dass die Wählerschaft der FDP ideologisch moderater, oder aber schlicht heterogener geworden ist. Der Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Unterstützung für die CVP weist ein ähnliches und sogar noch deutlicheres Entwicklungsmuster auf. 1995 erhielt sie unter den rechten Wählenden noch signifikant mehr Stimmenanteile als innerhalb der moderaten Referenzgruppe, während die Wahlwahrscheinlichkeit für die CVP unter den linken Wählenden signifikant tiefer lag. 2003 unterschieden sich hingegen die Wählerinnen und Wähler im rechten politischen Spektrum hinsichtlich ihrer Wahrscheinlichkeit, die CVP zu wählen, nicht mehr signifikant von den Wählenden der Mitte.

Diese Beobachtungen bezüglich des Zusammenhangs zwischen ideologischer Orientierung und Wahlverhalten lassen sich möglicherweise durch die Betrachtung der *Einstellungen zu den drei politischen Zielen* noch verfeinern. So können wir wenig überraschend für die Grünen feststellen, dass aus Sicht ihrer Wählerschaft die ökologische Dimension massgeblich war. Die Frage des EU-Beitritts hatte hingegen keinen Einfluss auf den Parteientscheid für die Grünen. Auch der Effekt der Position von Wählenden im sozioökonomischen Konflikt ist sehr beschränkt: Die Wahlwahrscheinlichkeit für die Grünen war unter den Wählerinnen und Wählern, die sich für eine Erhöhung von Steuern auf hohe Einkommen aussprachen, geringfügig höher als unter denjenigen, die für eine Verminderung dieser Steuern waren – allerdings nur 2003. Insgesamt war die Polarisierung auf dieser Sachfrage eher schwach.

Im Fall der SP zeigen hingegen die Enstellungen zu allen drei politischen Zielen einen Einfluss auf den Parteientscheid. Die Zustimmung zum EU-Beitritt der Schweiz und zur Ausweitung der Besteuerung hoher Einkommen sowie die Ablehnung der Kernenergie steigerten die Wahrscheinlichkeit, SP zu wählen. Somit hat die SP offensichtlich auf allen drei massgeblichen Konfliktdimensionen sichtbar Stellung bezogen, die den politischen Raum der Schweiz strukturieren. Diese Kapazität der SP stellt 2003 ein Novum gegenüber den beiden vorangegangenen Wahlen dar. 1995 war es vor allem die sozioökonomische Konfliktdimension, die den Parteientscheid für die Sozialdemokraten kennzeichnete. Darüber hinaus war die SP bereits 1995 hinsichtlich ihrer Wählerschaft eine Partei der Befürworter eines EU-Beitritts, wenn auch nicht im selben Mass wie bei den folgenden Wahlen. Die ökologische Dimension gewann jedoch erst 2003 an Bedeutung in der Frage des Parteientscheids für die SP.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums gelang es offenbar keiner der Parteien, auf allen drei wesentlichen Konfliktdimensionen ähnlich klar Stellung zu beziehen. Das heisst, dass der SP keine andere Parteien gegenübersteht, die mit Blick auf alle hier untersuchten Einstellungen ihrer Wählerschaft zu politischen

Zielen diametral entgegengesetzte Positionen vertreten würde. Auf der sozioökonomischen Dimension stehen sich, was die Einstellungen ihrer Wählerinnen und Wähler betrifft, SP und FDP gegenüber: Die Befürwortung einer Verminderung der Steuern auf hohe Einkommen führte bei allen drei Wahlen zu einer signifikanten Steigerung der Wahlwahrscheinlichkeit für die FDP. Hinsichtlich des Parteientscheids für eine der anderen beiden bürgerlichen Parteien spielte die sozioökonomische Konfliktdimension hingegen keine derart bedeutende Rolle. Tatsächlich hatten die Befürworter geringerer Steuern auf hohe Einkommen 2003 sogar signifikant geringere Wahlwahrscheinlichkeiten für die CVP und die SVP als die in dieser Sachfrage neutrale Referenzgruppe und die Befürworter von Steuererhöhungen auf hohe Einkommen. Hinsichtlich der sozioökonomischen Dimension sahen die Wählenden also offenbar deutliche Unterschiede zwischen den Parteien des bürgerlichen Lagers. Die FDP war die einzige Partei, die die Befürworter von Steuerminderungen auf hohe Einkommen an sich binden konnte.

Auf der Konfliktdimension ‚Öffnung versus Tradition', hier gemessen durch die Einstellungen zum EU-Beitritt der Schweiz, stellt sich die Parteienkonfiguration anders dar. Hier stehen sich SP und FDP auf der Seite der Befürworter eines Beitritts und SVP auf der Seite der Gegner gegenüber. Während dieser Kontrast bereits 1995 erkennbar war, hat er sich bis 2003 deutlich verschärft. Vor allem bezüglich des Parteientscheids für die Schweizerische Volkspartei hat sich der Einfluss der Frage des EU-Beitritts verstärkt. Im Fall der CVP lässt sich nur für 2003 eine signifikante Wirkung der Position zum EU-Beitritt feststellen. Hier wiesen die Wählerinnen und Wähler, die einen EU-Beitritt stark befürworteten, mit 11.2 Prozent eine signifikant schwächere Neigung zur CVP auf als die in dieser Sachfrage neutralen Personen mit 14.9 Prozent und die Gegner eines EU-Beitritts mit 17.8 Prozent.

Hinsichtlich des Einflusses der ökologischen Dimension auf den Parteientscheid zeigt sich hingegen eine Übereinstimmung zwischen FDP und SVP. Eine positive Einstellung der Wählenden gegenüber der Nutzung der Kernenergie steigerte 2003 die Wahrscheinlichkeit eines Parteientscheids für die FDP und für die SVP gegenüber der Referenzgruppe der in dieser Sachfrage neutralen Personen. Die Befürwortung eines Ausstiegs verminderte hingegen die Wahrscheinlichkeit, FDP oder SVP zu wählen. Das umgekehrte Muster zeigte sich 2003 im Fall der SP. Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass die Frage der Nutzung der Kernenergie bei den beiden vorangegangenen Wahlen lediglich in Bezug auf den Parteientscheid für die Grünen Erklärungskraft hatte, aber nicht für die Wahrscheinlichkeiten, SP, FDP oder SVP zu wählen.

Zum Abschluss dieses Abschnitts wenden wir uns nun noch dem Einfluss der Sympathien für politische Persönlichkeiten auf den Parteientscheid zu. Dabei muss man sich gerade im Hinblick auf den Vergleich mehrerer Wahlen ins Gedächtnis rufen, dass es sich hier für die SP und die FDP um jeweils unterschiedliche Personen handelt. Gleich zu Beginn kann der nicht weiter überraschende Befund festgehalten werden, dass die Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei mit zunehmender Sympathie für ihren Exponenten ansteigt. Hier wird

lediglich deutlich, dass Wählerinnen und Wähler unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung und ihren Sachfragenpräferenzen diejenigen Parteien bevorzugen, deren sichtbare Köpfe sie schätzen. Dies gilt für alle Bundesratsparteien und alle hier betrachteten Wahlen gleichermassen. Was sich im Zeitverlauf aber sehr wohl verändert hat, ist die Stärke des Einflusses der persönlichen Sympathien. Dies wird vor allem mit Blick auf die FDP und die SVP seit der Wahl 1999 deutlich. Mit der Steigerung der Sympathie für Pascal Couchepin vom tiefsten (‚gar keine Sympathie') auf das oberste Niveau (‚sehr viel Sympathie') erhöhte sich die Wahlwahrscheinlichkeit für die FDP 2003 von etwa 12 auf 52 Prozent. Dieselbe Veränderung der Sympathie für Christoph Blocher steigerte die Wahrscheinlichkeit eines Parteientscheids für die SVP sogar von etwa 3 auf 68 Prozent. Die Sympathie für die Herren Blocher und Couchepin (aber auch für Franz Steinegger 1999) ist also ein zentraler Faktor in der Erklärung des Parteientscheids für die SVP bzw. für die FDP. Dieser beschriebene Effekt war stärker als der Effekt eines Wechsels auf dem ideologischen Kontinuum von ganz links nach ganz rechts oder der Effekt eines fundamentalen Meinungsumschwungs in einer der drei untersuchten Sachfragen. Ähnliches kann für die Sympathie für Ruth Metzler und den Parteientscheid für die SVP festgehalten werden.

Die Bewertung politischer Persönlichkeiten übte also einen bedeutenden Einfluss auf den Parteientscheid der Wählerinnen und Wähler aus. Speziell für die bürgerlichen Parteien kann man im Zeitraum 1995 bis 2003 sogar einen Bedeutungszuwachs der persönlichen Sympathien beobachten. So war der Zusammenhang zwischen der persönlichen Sympathie für Christoph Blocher und dem Parteientscheid für die SVP 1999 und 2003 stärker als noch 1995. In diesem Zusammenhang lässt sich von einer Personalisierung der Politik sprechen, obwohl es sich dabei sicherlich nur um einen Aspekt der Personalisierung unter mehreren handelt. Dennoch ist es kaum zu bestreiten, dass der Erfolg der Parteien – vor allem der bürgerlichen Parteien – mehr und mehr von der Wertschätzung der Wählerinnen und Wähler für die Führungspersönlichkeiten dieser Parteien abhängt. Bei der SP ist dieses Phänomen hingegen weniger stark ausgeprägt.

Gleichermassen ist es sehr lehrreich, einen Blick auf den Einfluss der Sympathie für politische Persönlichkeiten einer bestimmten Partei auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die jeweils *anderen Parteien* zu werfen. Wenn wir uns dabei auf die Wahl 2003 beschränken, lässt sich zunächst festhalten, dass eine hohe Sympathie für Pascal Couchepin auch eine niedrige Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP nach sich zieht (10.6 Prozent). Umgekehrt wählten diejenigen Personen, die keinerlei Sympathie für Couchepin hatten, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von etwa 35.2 Prozent SVP. Andererseits wurde aber die Wahlwahrscheinlichkeit für die CVP und die linken Parteien kaum von der Sympathie für Couchepin beeinflusst. Die Befunde hinsichtlich der Sympathie für Christoph Blocher sprechen eine ganz ähnliche Sprache: Während diese einen deutlichen Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die FDP ausübte, hatte sie weitaus geringere Effekte auf den Parteientscheid für die CVP, die SP oder die Grünen. Die Polarisierung des Wahlverhaltens durch persönliche Sympathien für Politikerinnen und Politiker betraf also offenbar diejenigen Parteien besonders stark, die sich auf

dem ideologischen Kontinuum relativ nahe stehen. Die Frage, ob man Christoph Blocher oder Pascal Couchepin sympathisch findet oder nicht, wirkte sich dem entsprechend auch stärker auf die Unterstützung der CVP als auf die Unterstützung der SP oder der Grünen aus. Ebenso hatte die Sympathie oder Antipathie für Ruth Metzler einen stärkeren Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die SP als für die FDP oder die SVP. Diese Resultate zeigen, dass der ‚persönliche' Aspekt des Parteientscheids in erster Linie dann zum Tragen kommt, wenn es um die Differenzierung zwischen Parteien geht, die eine gewisse ideologische Nähe zueinander aufweisen. Die Sympathien spielen also offenbar eine andere Rolle im Parteientscheid als die ideologische Orientierung oder die Einstellungen zu politischen Zielsetzungen. Die einzige Ausnahme von dem beschriebenen Muster stellt die Vertreterin der SP dar. Die Sympathie oder Antipathie für Micheline Calmy-Rey hatte 2003 den stärksten Einfluss auf den Parteientscheid für die FDP, und nicht etwa auf die Wahlwahrscheinlichkeiten für die Grünen oder die CVP.

# Anmerkungen

[1] Die hier verwendeten, offiziellen Wahldaten stammen grösstenteils aus Seitz, Werner. 2003. *Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Darin nicht enthaltene Daten wurden uns freundlicherweise von Werner Seitz und Madeleine Schneider vom Fachbereich Politik des Bundesamts für Statistik zur Verfügung gestellt.

[2] Im Anschluss an die Schätzung statistischer Modelle in beobachteten Daten lassen sich diese Modelle problemlos auch zu Vorhersagezwecken nutzen. Dazu werden beliebige Konstellationen von Werten der unabhängigen Variablen in die geschätzten Modellgleichungen eingesetzt, um diese dann nach den jeweils interessierenden Grössen (hier: Wahrscheinlichkeiten der Wahlteilnahme bzw. des Entscheids für eine bestimmte Partei) aufzulösen. *Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (predicted probabilities)* sind also Werte der abhängigen Variablen, die ein statistisches Modell für eine *vorgegebene Konstellation von Werten auf den unabhängigen Variablen* generiert. *Vorhergesagte Abweichungen (first differences)* sind hingegen Werte der abhängigen Variablen, die ein statistisches Modell bei einer *vorgegebenen Veränderung der Wertekonstellation auf den unabhängigen Variablen* generiert. Während das gerade beschriebene, deterministische Vorgehen nur die systematische Komponente eines statistischen Modells erfasst, lässt sich die mit der Schätzung verbundene Unsicherheit dadurch berücksichtigen, dass man die Prozedur mehrmals (hier: mindestens 1'000 mal!) wiederholt, während man die Schätzer in einem vorgegebenen Vertrauensintervall variieren lässt. *Simulationen* sind eine relativ einfache Methode, dies umzusetzen. Die hier präsentierten vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten und Abweichungen wurden mit *Clarify 2.1.*, einem Programm zur Interpretation und Präsentation statistischer Ergebnisse, simuliert. Siehe dazu King, Gary, Michael Tomz und Jason Wittenberg. 2000. Making the Most of Statistical Analysis: Improving Interpretation and Presentation. *American Journal of Political Science* 44: 341-355; Tomz, Michael, Jason Wittenberg und Gary King. 2001. *Clarify: Software for Interpreting and Presenting Statistical Results, Version 2.1.* Cambridge: Harvard University. *Clarify* kann von Gary Kings Homepage (gking.harvard.edu) kostenlos heruntergeladen werden. Das Rohmaterial dieser Simulationen, d.h. die Schätzergebnisse der einzelnen Modelle selbst, kann bei den Autoren der vorliegenden Studie bezogen werden (peselb@pwi.unizh.ch).

[3] Zu Theorie und Verfahren der Mikro-Makro-Verknüpfung siehe Achen, Christopher. 1982. *Interpreting and Using Regression*. Newbury Park/London/New Delhi: Sage; Denk, Charles E. und Steven E. Finkel. 1992. The Aggregate Impact of Explanatory Variables in Logit and Linear Probability Models. *American Journal of Political Science* 36: 785-804; King, Gary et al. 2000.

[4] *Vereinfachte briefliche Stimmabgabe* bedeutet, dass den Stimmberechtigten von Amtes wegen das Material zur brieflichen Stimmabgabe zugestellt wird, was der Bürgerschaft die Teilnahme an einer Wahl vermutlich deutlich erleichtert. Formell hatten zwar bis zur Nationalratswahl 2003 alle Kantone entweder die vereinfachte briefliche Stimmabgabe oder die briefliche Stimmabgabe auf Gesuch eingeführt. Allerdings gibt es im Tessin und im Wallis bisher keine derartigen Erleichterungen für die zeitgleich stattfindenden Ständeratswahlen. Die Wirkung auf die Wahlbeteiligung dürfte hier daher eher beschränkt sein.

[5] Siehe dazu die Untersuchung von Ballmer-Cao, Thanh-Huyen und Lea Sgier. 1998. Die Wahlbeteiligung in der Schweiz – Eine geschlechtsspezifische Untersuchung anhand der Nationalratswahlen 1995. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Selects, Band 2.* Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 101-130.

[6] Siehe dazu auch die Studie von Brunner, Matthias. 1998. Der Einfluss des Alters auf das Wahlverhalten: Beteiligung und Parteiidentifikation. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Selects, Band 2.* Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 219-254.

[7] Die Merkmale Einkommen, Bedeutung der Wahl und Extremität wurden nicht kategorial, sondern kontinuierlich in die Modellschätzung einbezogen. Die Simulation der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten basierte dann auf den im Text berichteten Punktwerten (siehe Fn. 2).

[8] Zur Wirkung der (stabilen) institutionellen Gegebenheiten auf die individuelle Wahlteilnahme siehe die Studie von Wernli, Boris. 2001. *Contraintes Institutionelles, Influences Contextuelles et Participation aux Elections Fédérales en Suisse. Selects, Band 5*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.

[9] Der Polarisierungsindex *V* ist im Grund ein einfaches Varianzmass (siehe Taylor, Michael und V.M. Herman. 1971. Party Systems and Government Stability. *American Political Science Review* 65: 28-37), das berechnet wird als

$$V_t = \sum_{it=1}^{nt} f_{it}\left( x_{it} - \sum_{it=1}^{nt} f_{it}x_{it} / 100 \right)^2$$

wobei *n* die Anzahl der Parteien *i*, *t* der Zeitpunkt der Wahl, *f* der Wählerstimmenanteil von *i* und *x* die durchschnittliche Positionierung der Wählenden von *i* auf der Links-Rechts-Achse. $x_i$ muss hier aufgrund begrenzter Fallzahlen in den Selects-Befragungen als über die Kantone hinweg konstant angenommen werden, was eine kritische Annahme ist (siehe dazu Klöti, Ulrich. 1998. Kantonale Parteiensysteme: Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Selects, Band 2.* Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 45-72; Ladner, Andreas. 2003. *Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971-2003*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik). Darüber hinaus können aus demselben Grund nur Parteien mit einem Wählerstimmenanteil von über 5 Prozent berücksichtigt werden. Die hier interessierende Veränderung der Polarisierung zwischen den Nationalratswahlen 1995 und 2003 wird dann berechnet als $V_{2003}$-$V_{1995}$.

[10] Es handelt sich hierbei um die Analysen der Wählerwanderungen zwischen den Nationalratswahlen 1995 bis 1999 des Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Kaufbeuren und der Wählerwanderungen 1999 bis 2003 des GfS-Forschungsinstituts ‚Politik und Staat' in Bern.

[11] Siehe dazu ausführlicher die Problemeinführung von Peter Selb in Ambühl, Mathias. 2003. *Methoden zur Rekonstruktion von Wählerströmen aus Aggregatdaten.* Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

[12] Im Rahmen von *Selects 2003* wurde neben der Querschnittsbefragung, deren Ergebnisse hier hauptsächlich berichtet werden, auch eine erneute Befragung der nationalen Stichprobe aus *Selects 1999*, d.h. eine Panelbefragung, durchgeführt. Allerdings konnten hierbei nur 898 der ursprünglich 2'048 Befragten (44%) für ein erneutes Interview gewonnen werden, was das Ausmass der Unsicherheit, welches mit statistischen Rückschlüssen aus diesen Daten verbunden ist, deutlich erhöht (auch wenn systematische Ausfallprozesse hier gegengewichtet wurden). Dies gilt es bei der Betrachtung der nachfolgenden Tabelle zu berücksichtigen, die eine Schätzung der Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen den Wahlen 1999 und 2003 auf Basis des aktuellen Parteientscheids 2003 in Abhängigkeit des aktuellen Parteientscheid 1999 anhand der Paneldaten wiedergibt. Die Kategorie der ‚Neuwählenden' fällt hier aufgrund der Stichprobenkonzeption der Panelbefragung weg, denn hier wurden Respondenten erneut befragt, die zwangsweise bereits 1999 wahlberechtigt waren. Im Vergleich zu *Tabelle 5* im Text erscheinen hier zunächst die stabilen Übergangwahrscheinlichkeiten auf der Diagonalen bezüglich der Grünen, der FDP, der SVP und der übrigen Parteien auffällig gering. Davon unterscheiden sich jedoch nur die Wahrscheinlichkeiten der Übergange ‚FDP 99→FDP 03' und ‚übrigen Parteien 99→übrige

Parteien 03' auf 95%-Niveau signifikant voneinander. Deshalb wird im Text nur von einer tendenziell geringeren Stabilität des tatsächlichen Parteientscheids gesprochen.

*Tabelle F.1. Wählerwanderungen 1999-2003: Ergebnisse der Schätzung eines multinomialen Logitmodells des aktuellen Parteientscheids in Abhängigkeit des vorangegangenen Parteientscheids (Paneldaten, N=837), Werte sind vorhergesagte Übergangswahrscheinlichkeiten (in Zeilenprozent).*

| **Parteientscheid** | **2003** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **1999** | *Grüne* | *SP* | *CVP* | *FDP* | *SVP* | *Übrige* | *Nichtwählende* |
| *Grüne* | *36.7**** | 29.2*** | 11.2 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 22.9* |
| *SP* | 5.5*** | *55.0**** | 0.0 | 0.9 | 2.2** | 4.7*** | 31.6*** |
| *CVP* | 2.6 | 7.9** | *65.9**** | 5.0** | 6.3** | 2.2 | 10.1* |
| *FDP* | 3.2** | 7.8*** | 8.4*** | *36.7**** | 9.6*** | 6.4*** | 28.0*** |
| *SVP* | 0.0 | 1.3 | 3.2* | 2.6* | *63.9**** | 2.1* | 26.7*** |
| *Übrige* | 6.1** | 11.5*** | 2.2 | 10.4*** | 21.5*** | *23.7**** | 24.6*** |
| *Nichtwählende* | 1.2** | 4.6*** | 1.5** | 2.6*** | 3.7*** | 1.3*** | *85.1**** |

** p<.10 ** p<.05 *** p<.01*

[13] Die hier berichteten Differenzen zwischen den Perioden 1995-1999 und 1999-2003 sind zwar aus einem Vergleich der *Tabellen 4* und *5* ersichtlich. Die Signifikanzniveaus dieser Differenzen, auf welche sich der Text bezieht, mussten aber separat kalkuliert werden und können aus den präsentierten Tabellen nicht geschlossen werden.

[14] Bei der Schätzung des multinomialen Logitmodells wurden neben den dort präsentierten Kategorien Grüne, SP, CVP, FDP und SVP aus analytischen Gründen auch eine Restkategorie ‚andere Parteien' berücksichtigt. Diese Ergebnisse werden in den *Tabellen 6* und *7* nicht präsentiert, da deren substantielle Aussagekraft aufggrund der Heterogenität dieser Restkategorie stark beschränkt ist.

[15] *Praktizierende* Katholiken oder Protestanten sind diejenigen, die mindestens einmal pro Monat den Gottesdienst besuchen. Diejenigen, die seltener oder gar nicht in die Kirche gehen, werden als *nicht-praktizierend* klassifiziert.

[16] Zu den Details dieser Berufsgruppenklassifikation siehe Kriesi, Hanspeter. 1998. The Transformation of Cleavage Politics. The 1997 Stein Rokkan Lecture. *European Journal of Political Research* 33: 165-185.

[17] Siehe dazu die Untersuchungen von Mazzoleni, Oscar. 2003. La dimension gauche-droite et le choix partisan : Une perspective comparée. In: Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier, Adrian Vatter (éds). *Elections fédérales 1999. Selects, Vol. 6*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 123-146; Hermann, Michael et Heiri Leuthold. 2003. *Atlas der politischen Landschaften: Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf.

[18] Die Links-Rechts-Position und Personensympathien wurden jeweils auf 11-stufigen Skalen, die Einstellungen zu den drei politischen Zielen auf 5-stufigen Skalen gemessen.

# Technischer Anhang

## *Stichprobe*

Die hier verwendeten Befragungsdaten wurden im Rahmen der *Schweizer Wahlstudien Selects 1995*, *1999* und *2003*[1] mittels *computerunterstützter Telefoninterviews (CATI)* erhoben. Die *Grundgesamtheit* bildeten dabei jeweils alle in der Schweiz wohnhaften Wahlberechtigten mit einem festen Telefonanschluss.

*Vorgabe der Stichprobenziehung* war jeweils eine *nationale Stichprobe* mit einem Nettoumfang von 2'000 Befragten. Darüber hinaus sollte das Stichprobendesign die analytische Berücksichtigung der grossen Bandbreite von Wahl- und Parteiensystemen sowie politischen Kulturen innerhalb der Schweiz als potentielle Einflussfaktoren des individuellen Wahlverhaltens ermöglichen. 1995 sollten daher die nationalen Stichprobenanteile der Kantone Luzern, Glarus, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Wallis und Genf auf jeweils 600 Befragte, die der Kantone Zürich, Bern und Waadt auf je 800 Befragte aufgestockt werden. 1999 sollten *kantonale Aufstockungen* auf jeweils 600 Befragte für Zürich, das Tessin und Genf vorgenommen werden. 2003 sollten es je 600 Befragte für die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Waadt und Genf sein. Zusätzlich sollte 2003 durch die Stichprobenziehung auch für kleine Kantone ein Minimum von 30 Befragten gewährleistet werden. Der Verteilung der Wahlberechtigten auf die Kantone (siehe *Tabelle A.2.*) entsprechend ergeben sich aus diesen Vorgaben *erwartete Gesamtzahlen* von 7'278 Befragten 1995, von 3'288 Befragten 1999 und von 5'700 Befragten 2003.

Da bei der Ausschöpfung von Stichproben in der Regel ein Teil der Stichprobenpopulation aus unterschiedlichen Gründen verloren geht, muss eine *Bruttostichprobe* gezogen werden, die Vermutungen über den Umfang dieser Ausfälle berücksichtigt. Entsprechend wurden für die Befragungen 1995 zufällig, aber

[1] Sämtliche ausführlich dokumentierten *Selects*-Daten sind über den Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften SIDOS (www.sidos.ch) öffentlich verfügbar. Neben den hier verwendeten Befragungsdaten stehen im Rahmen von *Selects 1995* (Ref.Nr. 1815) zusätzlich Kontextdaten über die kantonalen Wahl- und Parteiensysteme sowie zu politischen Kulturen zur Verfügung, in welche sich die Befragungsdaten systematisch einbetten lassen. In *Selects 1999* (Ref.Nr. 6646) wurde neben der hier analysierten Querschnittsbefragung auch ein Panel, d.h. eine Mehrfachbefragung derselben Respondenten im Zeitraum Juni bis Oktober 1999 in den Kantonen Zürich, Luzern und Genf durchgeführt, um Prozesse der Meinungsbildung in Wahlkampagnen beleuchten zu können. Daneben wurde auch eine Inhaltserhebung der Wahlkampfberichterstattung in Printmedien mit demselben kantonalen Fokus durchgeführt. 2003 (Ref.Nr. 7918) wurden einerseits die Befragten der nationalen Stichprobe aus *Selects 1999* erneut befragt, um Veränderungen der politischen Einstellungen und des Wahlverhaltens auf individueller Ebene zwischen zwei Wahlen beobachten zu können. Darüber hinaus wurden, ähnlich wie 1999, Medieninhaltsdaten gesammelt, um die Meinungsbildungsprozesse der Befragten in ihren Informationskontext einbetten zu können.

nach Kantonen geschichtet, 22'664 Telefonnummern aus dem Swisscom-Nummernverzeichnis (damals noch Ptt-Telefonregister) gezogen, um auf die gewünschte Gesamtzahl von 7'278 Befragten zu kommen. 1999 waren es 8'870, 2003 schliesslich 15'005 (siehe *Tabelle A.1.*). Diese Ausgangsnummern wurden 1995 durch die Befragungsinstitute IPSO und IHA-GfM, 1999 und 2003 durch das LINK-Institut für Markt- und Sozialforschung kontaktiert. Von der Bruttostichproben fielen jeweils 16 bis 29 Prozent aufgrund *stichprobenneutraler Ursachen* aus, d.h. aus Gründen, die die Qualität der realisierten Stichprobe nicht beeinflussen, da die betreffenden Fälle schlicht nicht zur weiter oben definierten Grundgesamtheit gehören (Fimennummern, keine wahlberechtigten Personen in Privathaushalten, ungültige Nummern). Ein weiterer Teil der Telefonnummern (24-30%) fiel aus *sonstigen Gründen* aus, z.B. weil trotz zahlreicher Kontaktversuche niemand erreichbar war, weil kein Interview in der vorgegebenen Feldzeit möglich war, wegen Gesundheits- oder Sprachproblemen, oder aufgrund von Verweigerungen.

*Tabelle A.1. Stichprobenumfang und -ausschöpfung in den Querschnittsbefragungen Selects 1995, 1999 und 2003. Absolute Zahlen (N) und Prozent (%).*

| | **1995** | | **1999** | | **2003** | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | ***N*** | ***%*** | ***N*** | ***%*** | ***N*** | ***%*** |
| ***Haushaltsebene*** | | | | | | |
| *Ausgewählte Haushalte* | 22'664 | 100.0 | 8'870 | 100.0 | 15’005 | 100.0 |
| *Stichprobenneutrale Ausfälle* | 4’729 | 20.9 | 2'527 | 28.5 | 2'448 | 16.3 |
| *Sonstige Ausfälle* | 6’874 | 30.3 | 2'089 | 23.6 | 4'523 | 30.1 |
| *Zielperson bestimmt* | *11'061* | *48.8* | *4’254* | *48.0* | *8'034* | *53.5* |
| ***Personenebene*** | | | | | | |
| *Kontaktierte Zielpersonen* | 11'061 | 100.0 | 4'254 | 100.0 | 8'034 | 100.0 |
| *Ausfälle* | 3'800 | 34.4 | 997 | 23.4 | 2'143 | 26.7 |
| *Realisierte Interviews* | *7'261* | *65.6* | *3'257* | *76.6* | *5'891* | *73.3* |

Für die verbleibenden etwa 50 Prozent der Telefonanschlüsse wurde unter den wahlberechtigten Haushaltsmitgliedern wiederum zufällig eine Zielperson für das Interview bestimmt. Von diesen Personen fielen jeweils 23 bis 34 Prozent aufgrund von Verweigerungen, Nichterreichbarkeit, Gesundheits- oder Sprachproblemen aus.

Insgesamt sind diese Ausfälle zwar beträchtlich, aber nicht unerwartet, was aus der hohen Übereinstimmung zwischen den *erwarteten Gesamtzahlen* und den Anzahlen der *realisierten Interviews* aus den voll ausgeschöpften *Bruttostichproben* abzulesen ist. Grundsätzlich wird eine unvollständige Ausschöpfung grosser Zufallsstichproben auch erst dann zum Problem, wenn die Ausfallursachen in einem systematischen Zusammenhang mit untersuchungsrelevanten Merkmalen der Stichprobenmitglieder stehen. Auf diesen zentralen Punkt wird im nächsten Abschnitt noch näher einzugehen sein.

## *Gewichtung*

Bei den hier präsentierten Analysen wurden die Befragungsdaten in mehrfacher Hinsicht gewichtet: Erstens, um für die oben beschriebene, kantonal geschichtete Stichprobenziehung zu kompensieren und so Aussagen auf der nationalen Ebene zu ermöglichen. Zweitens wurde die Verteilung der Befragten bezüglich ihrer Wahlteilnahme und ihres Parteientscheids in der Stichprobe den offiziellen Wahlergebnissen angepasst.

*Tabelle A.2.* gibt die Verteilung der Befragten der drei *Selects*-Querschnittsbefragungen 1995, 1999 und 2003 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten, welche gemäss Bundesamt für Statistik in den jeweiligen Kantonen stimmberechtigt waren, und die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich dabei als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton *k* entfällt, also als $w_k = GG_k / Sample_k$. Dieses Gewicht stellt ex post gleiche Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Während das kantonale Gewicht für die regionale Schichtung der Stichproben*ziehung* kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichproben*ausschöpfung* angestrebt. Wie im vorangegangenen Abschnitt berichtet, fiel ein gewisser Anteil der Haushalte bzw. Personen, die im Rahmen der Stichprobenziehung ausgewählt wurden, bei der Ausschöpfung der Stichprobe aus unterschiedlichen Gründen aus. Dieser Ausfallprozess war offenbar systematisch an bestimmte Eigenschaften der Mitglieder der Stichprobenpopulation geknüpft, was bezüglich des Wahlverhaltens besonders deutlich wird. So wird aus *Tabelle A.3.* ersichtlich, dass der Anteil derer, die bei den Befragungen angaben an den Wahlen teilgenommen zu haben, jeweils wesentlich höher ist, als die offizielle Beteiligung an den betreffenden Wahlen: Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1995 bis 2003 zwischen 42 und 45 Prozent lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 62 bis 68 Prozent! Dieses als *Overreporting* bekannte Phänomen hat vermutlich unterschiedliche *Ursachen*. Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es aber auch sehr plausibel zu vermuten, dass diejenigen, die sich *tatsächlich* an der Wahl beteiligt haben, in den Stichproben von Wahlbefragungen überrepräsentiert sind. Denn die Motive, an einer Wahl teilzunehmen, sind möglicherweise ähnliche wie diejenigen, an einer Befragung zur Wahl teilzunehmen: Ein junger Mann beispielsweise, der sich nicht im geringsten für Politik interessiert, geht wahrscheinlich weder zur Wahl selbst, noch ist er bereit sich in einem Interview zur Wahl und anderen politischen Themen befragen zu lassen.

*Tabelle A.2. Kantonsgewichtung ($w_k$) der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) der Schweizer Wählerschaft gemäss Bundesamt für Statistik und der Befragten in der Stichprobe (Sample) über die Kantone 1995, 1999 und 2003 (in %).*

| | 1995 | | | 1999 | | | 2003 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ***Kanton*** | ***GG*** | ***Sample*** | ***$w_k$*** | ***GG*** | ***Sample*** | ***$w_k$*** | ***GG*** | ***Sample*** | ***$w_k$*** |
| ZH | 16.8 | 10.7 | 1.57 | 16.9 | 18.8 | 0.90 | 16.8 | 10.8 | 1.56 |
| BE | 14.7 | 10.6 | 1.39 | 14.6 | 8.2 | 1.79 | 14.5 | 9.5 | 1.52 |
| LU | 5.0 | 7.8 | 0.64 | 5.0 | 3.0 | 1.66 | 5.0 | 10.4 | 0.48 |
| UR | 0.6 | 0.1 | 6.48 | 0.5 | 0.3 | 1.48 | 0.5 | 0.5 | 1.09 |
| SZ | 1.7 | 0.4 | 4.43 | 1.8 | 1.3 | 1.40 | 1.8 | 0.6 | 2.87 |
| OW | 0.5 | 0.1 | 9.45 | * | * | * | 0.5 | 0.6 | 0.87 |
| NW | 0.6 | 0.2 | 3.24 | 0.6 | 0.5 | 1.22 | 0.6 | 0.6 | 1.01 |
| GL | 0.5 | 7.7 | 0.06 | 0.5 | 0.3 | 1.48 | 0.5 | 0.5 | 0.92 |
| ZG | 1.3 | 0.4 | 3.17 | 1.4 | 1.0 | 1.47 | 1.4 | 0.6 | 2.17 |
| FR | 3.3 | 0.9 | 3.84 | 3.4 | 2.0 | 1.68 | 3.4 | 1.5 | 2.23 |
| SO | 3.5 | 0.8 | 4.49 | 3.5 | 2.3 | 1.50 | 3.5 | 1.2 | 2.90 |
| BS | 2.8 | 0.9 | 2.98 | 2.5 | 1.4 | 1.85 | 2.5 | 1.0 | 2.63 |
| BL | 3.8 | 0.9 | 4.10 | 3.8 | 2.5 | 1.51 | 3.8 | 1.2 | 3.11 |
| SH | 1.1 | 7.9 | 0.14 | 1.0 | 0.6 | 1.63 | 1.0 | 11.2 | 0.09 |
| AR | 0.8 | 0.3 | 2.52 | 0.8 | 0.5 | 1.74 | 0.8 | 0.7 | 1.18 |
| AI | 0.2 | 0.1 | 1.89 | 0.2 | 0.2 | 1.30 | 0.2 | 0.6 | 0.32 |
| SG | 6.1 | 1.8 | 3.34 | 6.1 | 3.6 | 1.68 | 6.1 | 2.3 | 2.70 |
| GR | 2.7 | 0.5 | 5.52 | 2.8 | 1.3 | 2.12 | 2.7 | 0.6 | 4.54 |
| AG | 7.4 | 8.1 | 0.92 | 7.6 | 5.1 | 1.50 | 7.5 | 10.9 | 0.69 |
| TG | 3.0 | 0.8 | 3.84 | 3.0 | 1.6 | 1.88 | 3.0 | 1.2 | 2.56 |
| TI | 4.1 | 8.1 | 0.51 | 4.2 | 19.0 | 0.22 | 4.1 | 9.5 | 0.43 |
| VD | 7.9 | 10.4 | 0.76 | 7.9 | 4.6 | 1.70 | 7.9 | 11.0 | 0.72 |
| VS | 3.9 | 7.8 | 0.50 | 4.0 | 1.8 | 2.21 | 3.9 | 1.4 | 2.74 |
| NE | 2.3 | 0.7 | 3.48 | 2.3 | 1.5 | 1.56 | 2.3 | 0.8 | 2.71 |
| GE | 4.5 | 11.8 | 0.38 | 4.5 | 18.1 | 0.25 | 4.5 | 10.2 | 0.44 |
| JU | 1.0 | 0.3 | 3.02 | 1.0 | 0.6 | 1.71 | 1.0 | 0.5 | 2.18 |

** 1999 Stille Wahl in Obwalden, daher Ausschluss aus der Stichprobenziehung.*

Wenn nun tatsächlich letzteres Muster zur Erklärung des *Overreportings* der Wahlbeteiligung in Befragungen greift, dann wären einige *Konsequenzen* für Schlüsse, welche man aus diesen Stichproben zieht, klar ersichtlich: Die Wahlbeteiligung und das gemittelte politische Interesse in der Stichprobe werden die jeweiligen Werte in der Stimmbevölkerung überschätzen. Gleichzeitig wäre die

Grundgesamtheit bezüglich dieser Merkmale variabler, als die Streuungsmasse der Stichprobe vermuten lassen würden. Von solchen Verzerrungen durch systematische Ausfälle wären aber nicht nur beschreibende Masse, sondern auch multivariate Schätzer betroffen, da statistische Standardverfahren auf der Annahme einer Zufallsauswahl basieren. Sollte z.B. anhand einer im obigen Sinn selektiven Stichprobe der Einfluss des politischen Interesses auf die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an der Wahl geschätzt werden, so würde dadurch die Stärke dieses Zusammenhangs in der Grundgesamtheit unterschätzt. Derartige Verzerrungen sind nur schwer zu korrigieren, da über die Prozesse, die zu diesen Verzerrungen geführt haben, per Definition wenig bekannt ist – schliesslich fehlen ja in selektiven Stichproben gerade die Daten der ausgefallenen Stichprobenmitglieder. Fehlende Informationen müssen dann durch *Annahmen* ersetzt werden. Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten *Beteiligungsgewichtung* $w_b$ wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind – auch wenn deren Verteilung in der Stichprobe nicht der in der Grundgesamtheit entspricht. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantonsgewichtung als $w_b = GG_b / Sample_b$ berechnet.

*Tabelle A.3. Beteiligungsgewichtung ($w_b$) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligungen (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 1995, 1999 und 2003 (in %). Stichprobe ist mit $w_k$ gewichtet.*

| | **1995** | | | **1999** | | | **2003** | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ***Teilnahme*** | ***GG*** | ***Sample*** | $w_b$ | ***GG*** | ***Sample*** | $w_b$ | ***GG*** | ***Sample*** | $w_b$ |
| ja | 42.2 | 62.1 | .68 | 43.3 | 61.6 | .70 | 45.2 | 67.9 | .67 |
| nein | 57.8 | 37.9 | 1.52 | 56.7 | 38.4 | 1.48 | 54.8 | 32.1 | 1.71 |

Wie *Tabelle A.4.* zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwählerschaften in den Selects-Daten nicht ganz so gravierend. Hervorstechend ist aber die auch in anderen Befragungen zu beobachtende Überrepräsentation der SP-Wählerschaft. In Ermangelung an Informationen über den Prozess, der zu diesem Phänomen führt, wird hier jedoch wiederum nur angenommen, dass die Parteiwählerschaften, die an den Befragungen teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind, auch wenn sie diese nicht proportional abbilden. Die Parteiengewichtung $w_p$ wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen berechnet als $w_p = GG_p / Sample_p$. Nicht an der Wahl teilnehmende Personen erhalten dabei das Gewicht 1.

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Broschüre präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise *gekettet*. Für die im Kapitel zur *Wahlteilnahme* vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht $w_k \times w_b$ verwendet. Für die Analysen des *Parteientscheids* wurde im Fall der Wählerwanderungen das Gewicht $w_k \times w_b \times w_p$ benutzt, bei den übrigen Analysen $w_k \times w_p$.

*Tabelle A.4. Parteiengewichtung ($w_p$) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 1995, 1999 und 2003 (in %). Stichprobe ist mit $w_k$ gewichtet.*

| | **1995** | | | **1999** | | | **2003** | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ***Partei*** | ***GG*** | ***Sample*** | ***$w_p$*** | ***GG*** | ***Sample*** | ***$w_p$*** | ***GG*** | ***Sample*** | ***$w_p$*** |
| SVP | 14.9 | 14.7 | 1.01 | 22.5 | 22.7 | .99 | 26.7 | 26 | 1.03 |
| SP | 21.8 | 31.2 | .70 | 22.5 | 28.3 | .80 | 23.3 | 29.7 | .78 |
| FDP | 20.2 | 21.0 | .96 | 19.9 | 20.6 | .97 | 17.3 | 15.3 | 1.13 |
| CVP | 16.8 | 12.2 | 1.38 | 15.9 | 13.8 | 1.15 | 14.4 | 14 | 1.03 |
| Grüne | 6.5 | 5.2 | 1.26 | 5.3 | 3.4 | 1.54 | 8.0 | 6.4 | 1.25 |
| Übrige | 19.8 | 15.7 | 1.26 | 13.9 | 11.2 | 1.24 | 10.3 | 10.3 | 1.19 |

## Bisher in der Reihe *Selects* erschienen

Peter Farago

**Wahlen 95. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den Eidgenössischen Wahlen 1995 / Elections 95. Composition et orientations politiques de l'électorat aux élections fédérales 1995**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 1*

Bern/Genf/Zürich: Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1996

---

Hanspeter Kriesi/Wolf Linder/Ulrich Klöti (Hrsg.)

**Schweizer Wahlen 1995**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 2*

Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 1998

---

Daniel Schloeth

**Vor die Wahl gestellt. Erklärungen des Wahlverhaltens bei den Eidgenössischen Wahlen 1995**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 3*

Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 1998

---

Hans Hirter

**Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den Eidgenössischen Wahlen 1999**

**Elections 1999. Composition et orientation politique de l'électorat lors des élections fédérales de 1999.**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 4*

Bern/Genf/Zürich: Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 2000

---

Boris Wernli

**Contraintes institutionnelles, influences contextuelles et participation aux élections fédérales en Suisse**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 5*

Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 2001

---

Pascal Sciarini/Sibylle Hardmeier/Adrian Vatter (Hrsg.)

**Schweizer Wahlen 1999 – Elections Fédérales 1999**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 6*

Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 2003

---

Peter Selb

**Agenda-Setting Prozesse im Wahlkampf**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 7*

Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 2003

---

Peter Selb/Romain Lachat

**Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens**

**Elections 2003. L'évolution du comportement électoral**

**Elezioni 2003. L'evoluzione del comportamento elettorale**

*Swiss Electoral Studies (Selects), Band 8*

Zürich: Institut für Politikwissenschaft, 2004